

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 141

HERBST 2000

DM 1,-

SPD/PDS: keine Gegner des Faschismus

SPD/Grüne betreiben rassistischen Staatsterror, Sozialraub und Krieg



DPA



AFP/DPA

Rassistischer Staatsterror gegen Flüchtlinge in Hamburg. Rechts: Schröder besucht Bundeswehr im Kosovo

Kurz nach dem grausamen antisemitischen Nazi-Bombenanschlag am 27. Juli in Düsseldorf, bei dem zehn Menschen verletzt wurden und eine hochschwangere junge Frau ihr Kind verlor, hat die SPD/Grünen-Regierung eine „Anti-

Keine Verbotsappelle an kapitalistischen Staat

Nazi“-Kampagne losgetreten. Die täglichen rassistischen Angriffe sind urplötzlich auf den Titelseiten der Zeitungen: „Kampf den Nazis!“ titelt die *Zeit*, „Stoppt die Nazis“ tönt *Bild*. Kaum ein Tag vergeht ohne eine neue Erklärung von Schröder, Fischer, Schily und Konsorten. Die imperialistische Heuchelei kennt keine Grenzen. Der *Staatsterror* gegen Immigranten und Flüchtlinge wurde unter dieser Regie-

rung *verschärft*; und SPD/Grüne haben zum ersten Mal seit 1945 die imperialistische deutsche Armee in einen Krieg geführt, bei dem Serbien materiell mehr zerstört und verwüstet wurde als durch Hitlers Wehrmacht im gesamten Zweiten Weltkrieg. Um die Arbeiterklasse hinter die Regierung zu mobilisieren, tarnten sich diese imperialistischen Schlächter auch hier als „Antifaschisten“ und Verteidiger von „Menschenrechten“, und erklärten den serbischen Präsidenten Milošević zu einem angeblichen neuen Hitler. Wir Spartakisten intervenierten während des Balkankrieges, ohne Milošević auch nur die geringste politische Unterstützung zu geben, für den Sturz des Imperialismus durch Arbeiterrevolution und für die Verteidigung Serbiens. Heute rufen wir zum Abzug aller imperialistischen Truppen – US/Bundeswehr/NATO/UN/OSZE – vom Balkan auf!

Tatsache ist: In der gegenwärtigen Periode bevorzugt die
Fortgesetzt auf Seite 9

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei

N.Y. SPARTACIST LEAGUE
P.O. BOX 3381
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212 - 267-1025

Verteidigt Roma und Sinti!

Mehrere Tausend Roma protestierten Ende August in Berlin drei Tage lang gegen die Abschiebungen von Roma Aschkali in den Kosovo. Sie trauerten um die am 4. August ermordeten Familien: Salihu Osman, Mulaim Salihu, Lim Salihu, Sema Idris, Sema Gazmend, Bislimi Ibrahim und andere. Genossen der SpAD schlossen sich den Protesten an.

Viele Roma mussten sich, als sie vor den NATO-Bomben flohen, notgedrungen als Albaner ausgeben; jetzt sind sie

Wir Spartakisten kämpften während des Balkankriegs für den Sturz des Imperialismus durch Arbeiterrevolution und für die Verteidigung Serbiens, ohne Milošević die geringste politische Unterstützung zu geben. Die heutige verzweifelte Situation der Roma lässt die Lüge der SPD/Grünen-Regierung, sie hätte gegen Serbien einen Krieg um Menschenrechte geführt, in der Luft zerplatzen, ebenso wie ihre heuchlerische Regierungs-„Antifa“-Kampagne (siehe Titelartikel in dieser Ausgabe). Folgerichtig sah man bei diesen



Berlin, 24. August: Protest gegen rassistische Abschiebungen durch SPD/Grünen-Regierung. Wir fordern: Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!

von der Abschiebung in den Kosovo bedroht, wo Pogrome an der Tagesordnung sind. Das bei den Protesten verteilte Infoblatt der Roma & Sinti Union Deutschland sagt: „Bis jetzt wurden seit 1999 weit über 280 000 Roma aus dem Kosovo vertrieben! Die genaue Anzahl der ermordeten Roma im Kosovo ist nicht bekannt.“

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10247 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 141

HERBST 2000

Protesten auch keinen der Pseudolinken aus dem SPD-Umfeld wie etwa Linksruck oder die SAV. Für die PDS tauchte Petra Pau als Alibi auf. Diese Partei schreibt mit der einen Hand heuchlerische Protestbriefe an den Innenminister und mit der anderen Hand verantwortet sie selbst Abschiebungen in den Bundesländern, in denen sie direkt den Kapitalismus mitverantwortet!

Bei der nationalen Kundgebung der Roma & Sinti Union am 24. August in Berlin auf dem Alexanderplatz erklärte Fred Zierenberg für die Spartakisten unter wiederholtem Applaus:

„Wir kämpfen für volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier sind, volle Gleichstellung mit den

Deutschen für alle, die in Deutschland leben. Wir sind gegen die Abschiebungen von Roma – in die Tschechische Republik, wo sie rassistischem Terror ausgesetzt sind; in den Kosovo, wo Roma ermordet werden, wo sie wie die Serben heute vertrieben werden. Der Mordterror gegen Roma ist eine Folge der Konterrevolution in Osteuropa und in Jugoslawien, wo der deformierte Arbeiterstaat zerschlagen wurde. Hauptverantwortlich dafür ist der deutsche Imperialismus – heute geführt von der SPD und den Grünen, die im Balkankrieg Belgrad bombardiert haben. Der deutsche Imperialismus besetzt zusammen mit der NATO den Kosovo, und heute werden dort Roma und Serben vertrieben.

Wir fordern den Abzug der NATO und der Bundeswehr. Der ganze Terror ist das Ergebnis der Konterrevolution in Jugoslawien, Osteuropa und der Sowjetunion. Damit China nicht das gleiche Schicksal widerfährt, kämpfen wir gegen die Konterrevolution, verteidigen China gegen den Imperialismus. Wir sind für das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker, deshalb kämpfen wir für eine Sozialistische Föderation des Balkans. Um den rassistischen Kapitalismus zu zerschlagen, brauchen wir eine Oktoberrevolution hier in Deutschland und auf der ganzen Welt.

Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!“

Die integrierte Arbeiterbewegung muss Roma und andere Minderheiten gegen den rassistischen Staatsterror verteidigen!■

Schröder, Blair, Jospin: Vollstrecker kapitalistischer Ausplünderung

Sprit-Proteste erschüttern Europa

In ganz Europa sind viele Arbeiter, die mit Betriebsschließungen, Privatisierungen und rassistischen Angriffen konfrontiert sind, begeistert über die Spritproteste gegen die sozialdemokratisch geführten Regierungen. Unter Losungen wie „Schröder, Klimmt & Trittin sollen den Karren selber ziehen“ legten am 26. September Tausende von LKW- und Taxifahrern sowie Bauern die Berliner Innenstadt lahm bei ihrem Protest gegen die gewaltig gestiegenen Benzinpreise. Von dem Benzinpreis von über 2 DM pro Liter steckt der Staat einen Großteil ein. Mit der Einführung der „Öko“-Steuer durch SPD und Grüne werden die ohnehin horrenden Abgaben für die Mineralölsteuer noch verschärft. Das Ziel der Proteste, die Spritpreise zu senken, ist eindeutig im Interesse der Arbeiterklasse.

Doch die Gewerkschaftsbürokratie stellt sich schützend vor die SPD/Grünen-Regierung gegen die Proteste. So erklärt



13. September: Lkw-Blockade an der deutsch-belgischen Grenze. Proteste gegen hohe Spritpreise legten Britannien und andere europäische Länder lahm

nalem Chauvinismus, Rassismus und für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten zu mobilisieren.

Fortgesetzt auf Seite 4

Spartakist-Abokampagne

Quoten der Abokampagne 2000

9. Oktober bis 12. November

Berlin	170
Hamburg	125
Auf Entfernung	15
Gesamt	310

Dazu: Ein *Spartakist*-Paket eurer Wahl

- Marxismus vs. Anarchismus
- Permanente Revolution von der Türkei bis Indonesien
- 1989/90 und heute: Kampf der Spartakisten für ein Rotes Rätedeutschland

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-
 - Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
- Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

141

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60



Spartakist

Sprit-Proteste...

Fortsetzung von Seite 3

Workers Power, britische Schwesterorganisation der Gruppe Arbeitermacht, stellt sich wie die Gewerkschaftsbürokratie hier gegen die Proteste: „Dieser Klassencharakter ist entscheidend für uns. Er bedeutet, dass wir keine Unterstützung für die ‚Blockadebewegung‘ als Ganzes geben... Die Tatsache, dass die Forderungen populär sind und in sich selbst unterstützbar, ist auch irrelevant.“ Zwar sagen sie, dass die Arbeiter die Tatsache voll ausnutzen müssen, dass die Bewegung „im Konflikt ist mit der Regierung, gegen die wir auch sind“ (Workers Power Global, 18. September), und fordern von Labour alles Mögliche, unterstützen jedoch nicht das, was die Proteste fordern: Steuersenkungen bei Benzin und Öl. Wenn das Opposition gegen die Regierung ist, wie sieht dann Unterstützung der Regierung aus? Workers Power/Gruppe Arbeitermacht sind für ihre Wahlunterstützung von Labour und SPD bekannt. Im Gegensatz dazu mobilisierten unsere Genossen der Spartacist League/Britain gegen jegliche Unterstützung für Blair, und die SpAD sagte 1998: „Keine Stimme für SPD/PDS! Für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei!“

Der folgende Artikel ist übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 742, 22. September.

LONDON, 17. September – Eine Blockade der Ölraffinerien und Tanklager durch Protestkundgebungen hat Britannien innerhalb weniger Tage fast lahm gelegt und wurde zum Ventil für die brodelnde Wut, die Millionen Menschen gegen Tony Blairs Labour-Regierung empfinden. Die Proteste wurden abgebrochen, als Blair Tanklaster der Armee in Stellung brachte, um die Blockade zu brechen. Zentrale Hilfestellung erhielt Blair dabei von der Labour-treuen Bürokratie des Trades Union Congress (TUC, Gewerkschaftsdachverband), der bei seinem Jahreskongress auf dem Höhepunkt des Protestes eine Resolution verabschiedete, in der die Blockaden verurteilt werden als „ein grober Versuch, das Land als Geisel zu nehmen“. Die Demonstranten haben der Regierung 60 Tage Zeit gegeben, ihrer Forderung nach niedrigeren Kraftstoffpreisen nachzukommen, und obwohl die Tanklaster wieder losgefahren sind, ist die Krise von Labour noch lange nicht vorbei. Die Auswirkungen der Blockade werden noch wochenlang spürbar sein, während der Hass auf die arrogante Blair-Regierung bestehen bleibt.

Zu den Protesten in Britannien kam es kurz nach ähnlichen Blockaden französischer Lkw-Fahrer und Bauern; seither sind in ganz Europa Proteste ausgebrochen und breiten sich weiter aus, von Irland über Deutschland bis Polen. Diese Aktionen sind ein überaus populärer Ausdruck von Opposition gegen die sozialdemokratischen Regierungen von Blair, Jospin in Frankreich und Schröder in Deutschland – kapitalistische Regierungen, die danach streben, die aufgeblähten Profite der Bosse in die Höhe zu treiben durch verheerende Angriffe auf den Lebensstandard der arbeitenden Menschen, durch Abbau von Sozialleistungen und die Zermürbung der Armen. Unverschämte hohe Steuern auf Produkte wie Benzin und Dieselkraftstoff sind regressive Steuern, die die Armen und Werktätigen am härtesten treffen. In „Wucher-Britannien“ sind die Benzinpreise höher als irgendwo sonst in Europa. Steuern und Abgaben machen 76 Prozent des Preises für bleifreies Benzin aus, das um die 80 Pence (2,60 DM) pro Liter kostet. Allein in den letzten 18 Monaten ist der Preis für Benzin um 18 Pence pro Liter gestiegen. Die Kosten für den öffentlichen Nahverkehr sind astronomisch hoch, genauso wie die laufenden Kosten für ein Auto. In einer Industriegesellschaft sind Autos kein Luxus, sondern für sehr viele Arbeiter eine elementare Not-

wendigkeit, um zur Arbeit zu kommen.

Die Blockaden wurden von Bauernverbänden und Spediteuren initiiert und geführt – letztere sind kleine und mittlere kapitalistische Firmen, oft Einzelunternehmer –, die unter dem Druck der Notwendigkeit stehen, mit ihren Rivalen in anderen Ländern zu konkurrieren, besonders innerhalb der Europäischen Union. Die Proteste kriegten zumindest am Anfang auch stillschweigende Unterstützung von den riesigen Ölkonzernen. Zwar waren die Kräfte, die diese Revolte anführten, größtenteils kleinbürgerlich, doch die Sache, um die es geht – billigere Spritpreise –, ist eindeutig im Interesse der Arbeiterklasse, was sich auch in der überwältigenden Unterstützung der Proteste durch die gesamte Bevölkerung ausdrückte.

Das Herangehen von Marxisten an solche kleinbürgerlichen Mobilisierungen basiert auf dem Ziel der Proteste und dem Charakter der Forderungen, die aufgestellt werden: Bringen sie die Interessen des Proletariats voran? In diesem Fall waren die Proteste eindeutig gegen die Blair-Regierung gerichtet und die Forderung ist in der Tat vom proletarischen Standpunkt aus unterstützbar. Die Orientierung von Gruppen wie den Bauern und Spediteuren wird aufgrund ihrer Stellung in der Gesellschaft zwischen den beiden Klassen, die die soziale Macht haben – den Kapitalisten und der Arbeiterklasse –, stark in die eine oder andere Richtung gehen; manchmal werden sie militant auf der Seite der Arbeiter protestieren und manchmal werden sie zum Rekrutierungsfeld der Faschisten.

Eine revolutionäre Führung der Arbeiterbewegung muss versuchen, die Führung von solchen Protesten zu übernehmen, um sie klar gegen die wirklichen Übeltäter zu richten: den Kapitalismus und die Labour-Regierung, die ihn verwaltet. Die Sprit-Krise ist die schärfste gesellschaftliche Krise, die Britannien seit dem großen Bergarbeiterstreik 1984/85 erlebt hat. Sie hat den korrupten Charakter nicht nur der Labour Party, sondern besonders der Gewerkschaftsbürokratie grell illustriert, die als Blairs Komplize handelte und eine ausschlaggebende Rolle dabei spielte, die Haut der Regierung zu retten.

Ein Streik der Tanklasterfahrer würde die Proteste in einen gewaltigen Klassenkampf gegen die Labour-Regierung verwandeln. Er könnte an die Bahnarbeiter und alle Arbeiter bei den Verkehrsbetrieben appellieren, die Bahn und den privatisierten öffentlichen Nahverkehr, der genauso verhasst ist, zu bestreiken. Eine solche Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder erfordert eine unversöhnliche Opposition zur prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokratie. Während bei der Ölblockade militante Taktiken eingesetzt wurden und man Gutsbesitzer hören konnte, die den in Mode gekommenen Ausdruck aufgriffen: „Direkte Aktion funktioniert“, ist die grundlegende Frage das politische Programm und die Führung. Die Schmiedung einer revolutionären proletarischen Partei als notwendiges Instrument, um die Arbeiterklasse im Kampf zu führen – einer Partei, die für nichts weniger kämpft als für die siegreiche Arbeiterrevolution gegen das ganze verrottete kapitalistische System –, stellt sich als die dringende Aufgabe. Eine solche Partei wollen wir von der Spartacist League/Britain aufbauen.

Tony Blair, der von wütenden Demonstranten durch ganz Yorkshire verfolgt wurde, berief die Ölbesse und Polizeichefs in die Downing Street ein und forderte sie Berichten zufolge auf, mit aller Härte gegen die Demonstranten vorzugehen; im nationalen Fernsehen erklärte er, dass die Tanklaster binnen 24 Stunden wieder auf den Straßen sein würden. Damit Blairs Prahlerei wahr wurde, mussten gewerkschaftlich organisierte Lkw-Fahrer die Tankwagen rausfahren und die Blockade brechen, die sie bis dahin unterstützt hatten. Es kam der Auftritt der Gewerkschaftsbürokraten,

Fortgesetzt auf Seite 14

Frauen und Revolution



Volle demokratische Rechte für Homosexuelle!

Nachfolgend drucken wir die Übersetzung eines Flugblatts unserer Genossen der Lega trotskista d'Italia ab.

8. Juli 2000 – Gegen die internationale Schwulendemonstration World Gay Pride machte ein umfassender katholischer Kreuzzug unter Führung des Vatikans mobil – der die Sprache der

Kirche und Staat raus aus dem Schlafzimmer!

Inquisition wieder belebt, um die Ausübung dieses elementaren demokratischen Rechts zu verhindern. „Nicht in Rom; nicht im Jahr des Jubiläums“, tönte Kardinal Ruini, und gleichzeitig riefen reaktionäre katholische Organisationen wie das „Komitee für ein christliches Rom“ und „Familie von morgen“ zu einer Reihe von GegenDemonstrationen in der Gay-Pride-Woche auf.

Der Versuch des Vatikans, den Gay-Pride-Marsch zu stoppen, ist der Höhepunkt einer Reihe von obskuren Angriffen, die das „Jubiläum 2000“ begleiteten. Aktiv ausgeführt wurden diese Attacken von den Regierungen unter D'Alema und Amato (kapitalistische Volksfronten, Bündnisse zwischen reformistischen Arbeiterparteien wie der DS [Linksdemokraten, eine der Nachfolgeparteien der ehemaligen KPI] und bürgerlichen Parteien); vom römischen Stadtrat unter Beteiligung von Rifondazione Comunista [RC]; und von den verräterischen Bürokraten, die die Gewerkschaften führen. Francesco Rutelli, Bürgermeister der Hauptstadt, huldigte seit Beginn des Jahres dem Papst: Er vertrieb die „urtisti“, die traditionellen jüdischen Straßenverkäufer, vom Petersplatz, und er schob Dutzende Roma-Frauen und -Kinder nach Bosnien ab und räumte ihre elenden Lagerplätze. Um bei den Priestern keinen „Anstoß zu erregen“, schloss er sogar Sexshops, und um es auf die Spitze zu treiben, verweigerte er den Gay-Pride-Aktivitäten jede finanzielle Unterstützung des Stadtrats. Die Gewerkschaftsbürokraten von CGIL/CISL und UIL zollten auf ihre Weise dem Jubiläum Respekt, indem sie ein Stillhalteabkommen unterzeichneten, das Nahverkehrsstreiks verbot, und sie verzichteten sogar auf jede Art Arbeiterdemonstration am 1. Mai, um beim „Arbeiterjubiläum“ Wojtylas als Ministranten dabei zu sein.

Giuliano Amato erklärte, es sei „unpassend“, dass Homosexuelle in Rom während des Jubiläumsjahres demonstrierten, es sei aber „unglücklicherweise“ nicht möglich, die Demonstration zu verbieten, denn „unsere Verfassung verhindert dies“. Amatos homophobe Erklärungen haben



EUROGAY/Luca Perrini

Rom, erste Juliwoche: World-Gay-Pride-Demonstranten trotzen Volksfrontregierung und Vatikan

extrem finsternen, faschistischen und reaktionären Organisationen grünes Licht gegeben, ihre Provokationen gegen Schwule durchzuführen. Die Faschisten der Forza Nuova haben eine Gegendemonstration angekündigt. Sie sind berechtigt für ihre Angriffe auf Abtreibungskliniken und ihr Programm tönt „Verbietet Abtreibung“, „Schmeißt Immigranten raus“ und „Errichtet wieder das Konkordat“ Mussolinis, das Katholizismus als Staatsreligion eingeführt hatte. Die Faschisten der „Alleanza Nazionale“ haben ihre eigene „Familien-Woche“ organisiert, und in der Zwischenzeit führten sie eine Provokation gegen die Klinik „Villa Gina“ durch, die Zielscheibe einer abscheulichen Kampagne gegen Abtreibung.

Wir Trotzkiisten kämpfen für: Volle demokratische Rechte für Homosexuelle! Kirche und Staat raus aus dem Schlafzimmer! Völlige Trennung von Kirche und Staat! Nein zum Konkordat! Enteignet alle Reichtümer des Vatikans! Kostenlose und sichere Abtreibung auf Wunsch, auch für Immigrantinnen und Minderjährige! Kostenlose Empfängnisverhütung auf Wunsch! Mobilisierung von Arbeitern/Immigranten/Minderheiten, um den faschistischen Abschaum zu zerschlagen! Massenmobilisierungen, um die Abtreibungskliniken zu verteidigen!

Die Unterdrückung von Homosexuellen und das kommunistische Programm

Die katholische Kirche greift die Möglichkeiten für Homosexuelle an, öffentlich zu demonstrieren, und heiligt die Unterdrückung der Frau in der Familie; so versucht sie, ihre düstere Moral in Gesetze umzuwandeln und „Sünde“

Fortgesetzt auf Seite 6

Italien: DS und RC unterstützen Vatikan-Reaktion und Hetzkampagne gegen Schwule

Volle Rechte...

Fortsetzung von Seite 5

zum Verbrechen zu erklären. Die Hauptzielscheibe des Vatikans sind Frauen und insbesondere das kleine bisschen an Recht auf Abtreibung, das existiert; aber im Visier sind alle unterdrückten Minderheiten und das Proletariat.

Die Unterdrückung von Homosexuellen ist verbunden mit der Unterdrückung, die Frauen in der Familie erleiden, dieser Bastion der bürgerlichen Ordnung. Wie Engels schreibt, repräsentiert die Familie die „wirtschaftliche Einheit der Gesellschaft“ und der ausschließliche Zweck der Heirat und der Kleinfamilie ist die „Herrschaft des Mannes in der Familie und Erzeugung von Kindern, die nur die seinig sein konnten und die zu Erben seines Reichtums bestimmt waren“ (*Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*). Dadurch werden den Frauen ökonomische Abhängigkeit und häusliche Sklaverei aufgezwungen, und ihre Rolle ist es, Kinder zur Welt zu bringen und diese aufzuziehen. Darüber hinaus dient die Familie als Instrument dafür, neuen Generationen sozialen Konservatismus und Unterwürfigkeit vor Autoritäten zu vermitteln.

Homosexuelle leiden unter sozialer Ächtung, weil Homosexualität diesem Konzept krass entgegengesetzt ist. Ihre Unterdrückung kann nur weggefegt werden durch den Sturz des kapitalistischen Systems, was die materielle Basis legen wird für die Ablösung der Familie. Aber obwohl die proletarische Macht eine Menge tun kann, um der Unterdrückung von Homosexuellen ein Ende zu setzen, kann die Familie nicht abgeschafft werden, sie muss ersetzt werden. Die endgültige Beseitigung der diffusen *Haltung* sozialer Feindseligkeit, deren Opfer Homosexuelle sind und die tief verwurzelt ist in den genormten Geschlechterrollen der Kleinfamilie, kann erst erreicht werden, wenn die Familie in der sozialistischen Gesellschaft abgelöst ist.

Die Losung „Volle demokratische Rechte für Homosexuelle“ bedeutet für uns eine Verpflichtung, nicht nur die Diskriminierung am Arbeitsplatz und die Ungleichheit vor dem Gesetz zu bekämpfen, sondern auch die Macht der Arbeiterklasse für die Verteidigung der demokratischen Rechte von Homosexuellen zu mobilisieren. Wir verteidigen die Gesetze, die Staatsbürgerrechte für Schwule kodifizieren, inklusive des Rechts auf homosexuelle Heirat; gleichzeitig denken wir, dass eine Heiratsurkunde irrelevant sein sollte: Alle Menschen müssen die gleichen Rechte in Bezug auf Gesundheitsversorgung, Wohnung und Kinder haben. Wir kämpfen gegen jede Art von Diskriminierung der Homosexuellen. Sie müssen Anspruch auf genau dieselben Rechte haben wie alle anderen auch, einschließlich der Vorteile, die

heterosexuelle Paare genießen. Für uns sind sexuelle Vorlieben und Praktiken eine Privatsache und wir sind gegen jede Intervention des bürgerlichen Staates in irgendwelchen sexuellen Aktivitäten, die mit effektiver Zustimmung der Beteiligten stattfinden. Aus diesem Grunde sind wir gegen Zensur und gegen die reaktionären Mündigkeitsgesetze, die die Sexualität junger Leute kriminalisieren.

Als Marxisten erkennen wir auch, dass demokratische Rechte unteilbar sind, dass das Schicksal aller, die Opfer besonderer Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft sind, unlösbar miteinander verbunden ist. Weiter ist der Kampf zur Verteidigung bürgerlich-demokratischer Rechte eng verbunden mit der Verteidigung von eher spezifisch *proletarischen* Rechten, wie das Recht auf gewerkschaftliche Organisation, das Recht zu streiken, Streikpostenkettens aufzustellen, Rechte, die gegenwärtig unter heftigem Beschuss der Bourgeoisie stehen und die durch Klassenkampf verteidigt werden können. Daher ist für die gesamte Arbeiterklasse der Kampf zur Verteidigung demokratischer Rechte von lebenswichtigem Interesse und diese Verteidigung muss ein integraler Bestandteil des revolutionären Programms der Avantgardepartei der Arbeiterklasse sein.

Keine demokratische Errungenschaft wurde jemals erreicht durch Appelle an die „Vernunft“ des kapitalistischen Staats oder der Bourgeoisie; jede Errungenschaft wurde durch sozialen Kampf gewonnen. Das Wenige an Toleranz, das Homosexuelle im heutigen Italien haben durchsetzen können, ist das Nebenprodukt der sozialen Kämpfe, die im Heißen Herbst 1969 begannen. Ergebnis dieser Kämpfe war auch die Legalisierung der Scheidung und das Gesetz 194 über Abtreibung. In jedem Fall sind unter dem Kapitalismus demokratische Rechte, insbesondere für rassische und ethnische Minderheiten, für Frauen und Homosexuelle, zwangsläufig unvollständig, zerbrechlich und umkehrbar.

Wir beziehen uns auf die Russische Revolution vom Oktober 1917, die erste siegreiche proletarische Revolution, die den Weg zur Befreiung von allen Formen der Unterdrückung öffnete. Nach der Übernahme der Macht schafften die Bolschewiki das Privateigentum an Produktionsmitteln ab und vergesellschafteten innerhalb der Grenzen der ökonomischen Situation die Hausarbeit, sie begannen auch kollektive Strukturen zu entwickeln wie Kinderkrippen, Kantinen, kollektive Wäschereien etc. und legten so die materielle Basis für das Ende der Frauenunterdrückung. Befreit von den lästigen Pflichten der Hausarbeit konnten Frauen voll am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Weiterhin legte Lenins Partei, sobald sie an der Macht war, die gesamte gesetzliche Grundlage für die Unterdrückung von Homosexuellen weg. Die sowjetische Gesetzgebung erklärte die „absolute Nichteinmischung des Staates und der Gesellschaft in geschlechtliche Beziehungen, soweit sie Niemandem Schaden bringen und Niemandes Interessen verletzen... Gegenüber dem Homosexualismus, der Sodomie und irgendwelcher anderer Formen der sexuellen Befriedigung, die von den europäischen Gesetzgebungen als öffentliches Vergehen gegen die Sittlichkeit hingestellt werden, verhält sich die Sowjet-Gesetzgebung genau so wie zu dem sogenannten ‚natürlichen‘ Verkehr. Alle Formen des Verkehrs sind Privatangelegenheit“ (Dr. G. Batkis, „Die Sexualrevolution in Russland“, 1925).

Die junge Sowjetrepublik eröffnete der Entfaltung menschlichen Potentials enorme Möglichkeiten. Aber die stalinistische politische Konterrevolution, die 1923/24 stattfand als Resultat der rückständigen materiellen Bedingungen und der Isolierung des jungen Sowjetstaats, restaurierte zahlreiche bürgerliche Vorurteile und soziale Institutionen, die verantwortlich sind für die Unterdrückung von Frauen und Homosexuellen, besonders die Institution der Familie,

SPARTACO
 MARZO 2000 N. 1000
 Lega trotzkista d'Italia - Lega comunista internazionale (quartinternazionale)
Per una lotta proletaria contro l'oppressione razzista e l'austerità capitalista
Costruire un partito operaio rivoluzionario multietnico!
Romper con la collaborazione di classe di Ds e Rifondazione!

Abboniati!

Zeitung der
 Lega trotskista
 d' Italia

4 Ausgaben
 DM 6,-

Bestellt bei:
 Postfach 5 55
 10127 Berlin

Konto 119 88-601
 Postbank
 Frankfurt/M.
 BLZ 500 100 60

um die Macht [der Bürokratie] zu konsolidieren und soziale Passivität zu sichern. 1934 führte die stalinistische Bürokratie ein Gesetz ein, das homosexuelle Akte mit Gefängnis bis zu acht Jahren bestrafte, und begann Massenverhaftungen von Homosexuellen. Angesichts der stalinistischen politischen Konterrevolution kämpften die Trotzisten für die bedingungslose militärische Verteidigung des degenerierten Arbeiterstaats, sie sahen die fundamentale Bedeutung der grundlegenden sozialen Errungenschaften für das Proletariat und die Unterdrückten, die in diesem Staat realisiert waren, wie die Enteignung der Bourgeoisie, die Planwirtschaft und das staatliche Außenhandelsmonopol. Gleichzeitig riefen sie zu einer proletarisch-politischen Revolution auf, die die stalinistische Bürokratie hinwegfegt. Diese Politik ist unverändert gültig für die heute noch existierenden deformierten Arbeiterstaaten: China, Kuba, Vietnam und Nordkorea.

Das Volksfront-Programm von DS und RC bedeutet Kapitulation vor Vatikan-Reaktion

Die kapitalistische Konterrevolution in der UdSSR hat die Konkurrenz zwischen den Bourgeoisien um die Verteidigung und Expansion ihres Marktanteils verschärft, und die europäischen Bourgeoisien haben eine weltweite Offensive gestartet, um die Ausbeutung des Proletariats zu erhöhen und den Sozialstaat abzubauen, den sie als teuer und nicht länger notwendig ansehen. Die ersten Opfer dieses Angriffs sind Frauen, die zurück ins Haus getrieben werden, um die Rollen zu übernehmen, die der Staat nicht länger ausüben will, wie die Betreuung der Kinder, der Alten und Kranken. Angesichts der immer weiteren Vertiefung der Gegensätze zwischen einer winzigen Minderheit immer reicher werdender Kapitalisten und der generellen Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung drängen die Bosse darauf, die staatliche Repression zu erhöhen, was die Verfolgung von jedem und die Einmischung in jeden Aspekt des sozialen Lebens beinhaltet. Das ist die Bedeutung der Angriffe gegen die Abtreibung, gegen Schwule und Jugendliche in diesem Land.

Konfrontiert mit einer aufsteigenden reaktionären Welle, geschürt durch von den „linken“ Volksfront-Regierungen aufgezwungenes Elend, Rassismus und Obskurantismus,

sind viele linke Militante und intellektuelle Verteidiger von Staatsbürgerrechten offen für die Unterstützung des Rechts der Schwulen eingetreten, in Rom zu demonstrieren. Unter diesem Druck waren die Führungen von DS und Rifondazione Comunista gezwungen, eine Position gegen die Erklärungen der Regierungsspitze einzunehmen und Seite mit der homosexuellen Demonstration zu beziehen. Aber die Führungen dieser reformistischen Parteien, die normalerweise vorsichtig vermeiden, die Frage der Homosexualität überhaupt anzusprechen, sind nicht plötzlich zu Verteidigern von Schwulen geworden: Sie versuchen einfach, ein wenig Autorität unter ihren Mitgliedern zurückzugewinnen, die ihnen davonlaufen aus Wut über vier Jahre Blut und Tränen durch die Volksfront-Regierungen. Aufgrund der Bestrebungen von DS und RC, den italienischen Kapitalismus zu regieren, müssen sie zwangsläufig die Anerkennung des Vatikans suchen, der seit der Allianz mit Mussolini immer eine fundamentale Bastion der Unterstützung des italienischen Kapitalismus war und ohne dessen „Placet“ es unmöglich ist, in diesem Land eine bürgerliche Regierung zu bilden.

Die fundamentale Unterstützung von DS und RC für die kapitalistische Ordnung drängt sie zwangsläufig auch dazu, vor der reaktionären Politik der Bourgeoisie gegen Minderheiten zu kapitulieren. Ihre Politik ist das Erbe der Kommunistischen Partei, die in der unmittelbaren Nachkriegsperiode die sozialistischen Bestrebungen der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter verriet, indem sie das Land wieder der Bourgeoisie und dem Vatikan aushändigte. Die italienische Verfassung, die *Liberazione* [RC-Zeitung] heute mit gezücktem Schwert gegen Amatos Angriffe verteidigt, kodifiziert diesen Verrat, und die Kapitulation der KP Italiens [KPI] vor der katholischen Kirche wurde explizit besiegelt durch die Aufnahme des Konkordats zwischen Mussolini und dem Vatikan in die Verfassung.

Heute wollen RC und DS sich gerne als Verfechter der Rechte der Homosexuellen darstellen, aber jahrelang hatte die KP in Huldigung der katholischen Moral und entsprechend Stalins Diktat Homosexuelle für „krank“ erklärt. 1948 schloss die KPI den homosexuellen Intellektuellen Paolo Pasolini wegen „moralischer Schmach“ aus, als die Christdemokraten eine homophobe Kampagne gegen ihn

Fortgesetzt auf Seite 8

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA

Besucht die Webpage der IKL!

www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

Women and Revolution

Gebundene Ausgabe

Wir sind stolz, die erste gebundene Ausgabe von *Women and Revolution* zu präsentieren, Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S. *Women and Revolution*, jetzt integriert in *Spartacist*, die theoretische und dokumentarische Quellsammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), widerspiegelt unsere Verpflichtung auf den Kampf für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution.

Dieser Band, in Leinen gebunden und mit ausführlichem Sachregister, enthält die Ausgaben Nr. 1 (Mai/Juni 1971) bis Nr. 20 (Frühjahr 1980)

DM 55,-

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin, Konto
119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

Volle Rechte...

Fortsetzung von Seite 7

führten, und erst vor einem Jahr schmiss die DS in Verona eine Schwulengruppe aus dem *l'Unità*-Fest raus, die für „schuldig“ erklärt wurde, ein faules Ei auf einen Faschisten der *Allianza Nazionale* geworfen zu haben, der als Redner auf dem Festival eingeladen war. Während D'Alema, Cossutta und Bertinotti [RC] ihre Volksfrontpolitik durchführten, riefen sie in letzter Zeit die Arbeiterklasse dazu auf, frauenfeindliche und homophobe katholische Reaktionäre wie Romano Prodi, Rosy Bindi oder Giuliano Amato in die Regierung zu bringen. Die D'Alema-Regierung übernahm den Job, sicher zu stellen, dass das Gesetz 194, das die partielle Legalisierung des Rechts auf Abtreibung sichert, nochmals überprüft werden kann mit dem Ziel, es einzuschränken und die Werte der „natürlichen Familie“ zu verteidigen. Von Prodi bis Amato haben die diversen Regierungen die Gelder für die katholischen Schulen beträchtlich erhöht und damit der Kirche erlaubt, ihr reaktionäres Gift unter den neuen Generationen zu versprühen.

Heute will Rifondazione die DS unbedingt dazu drängen, eine „linkere“ Volksfront-Regierung zu bilden. Konsequenterweise suchen Bertinotti & Co. einen „progressiven“ Flügel im Vatikan, vor dem sie kapitulieren können. Vor einem Jahr, mitten im NATO-Massaker gegen Serbien, erhob *Liberazione*, die die OSZE-Truppen aufgerufen hatte, die NATO zu ersetzen, den Papst zum „Mann des Friedens auf dem Balkan“. Dabei versteckten sie die Tatsache, dass der polnische Papst, Freund von Solidarność, kürzlich Kardinal Steppinach heilig gesprochen hat, einen zentralen Vertreter des mörderischen klerikal-faschistischen Ustasha-Regimes, das während des Zweiten Weltkriegs in Kroatien an der Macht war. Heute unterstützt *Liberazione* in vielen Artikeln die Gay-Pride-Demonstration, gegen die sich Wojtyla stellt, gleichzeitig stellen sie sicher, dass die Tür offenbleibt für andere Flügel der katholischen Hierarchie, indem sie auf ihren Seiten reichlich Platz zur Verfügung stellen für alle möglichen Stimmen innerhalb des Vatikans, die in ihrer Haltung zu Schwulen von der offiziellen Position abweichen. Daher veröffentlichten sie zum Beispiel in der Ausgabe vom 6. Juni kommentarlos eine Deklaration von Monsignore Luigi Bettazzi, dem „hochgeschätzten Bischof von Ivrea“, und drückten Freude aus über seine Unterstützung des „Pax Christi“-Antrags bezüglich Gay Pride“. Auf jeden Fall hütet sich Rifondazione, beim Vatikan Anstoß zu erregen, und mit besonderem Nachdruck garantieren sie: „Unser Respekt für die Kirche bleibt trotz allem groß“ (Rina Gagliardi in *Liberazione*, 14. Mai).

Ähnlich der „linke“ Teil von Rifondazione Comunista um die Zeitung *Proposta*, der die gleichen Volksfront-Gelüste hat und niemals den Kampf gegen die besondere Unterdrückung von Frauen, Schwulen, Roma etc. in seine „Oppositions“-Anträge einbringt. Nachdem die *Proposta*-Führung während der ganzen 80er-Jahre nach „Solidarität mit Solidarność“ schrie, dieser böseartig gegen Frauen und gegen Schwule gerichteten polnischen Gewerkschaft der Bosse, finanziert vom Vatikan und der CIA, präsentierte *Proposta* Enrico Baroni als Kandidat für die Rifondazione-Wahlliste bei den kürzlichen Regionalwahlen, eine Liste, die den Abtreibungsgegner, Schwulenfeind und Ex-Christdemokraten Mino Martinazzoli unterstützte.

Tief gehender Rassismus und männlicher Chauvinismus kombiniert mit religiöser Rückständigkeit wurden historisch von der Bourgeoisie benutzt, um die Arbeiterklasse zu spalten. Die Anti-Schwulen-Bigotterie ist zwar nicht in gleicher Weise ein strategisches Hindernis für proletarische Revolution wie diese Fragen, aber die Arbeiterklasse kann nicht zu einem Verständnis ihrer historischen Rolle, dass sie den Ka-

pitalismus begraben muss, gewonnen werden ohne einen unnachgiebigen Kampf ihrer kommunistischen Avantgarde gegen alle Manifestationen von sozialen Vorurteilen und rückständigem Bewusstsein. Grundlegend bedeutet dies, einen politischen Kampf zu führen gegen die verräterischen Führer der Arbeiterparteien und gegen die Gewerkschaftsbürokratie, die die Arbeiterklasse an den kapitalistischen Klassenfeind kettet, und die eine fundamentale Rolle dabei spielen, soziale Rückständigkeit zu propagieren.

Ein kämpferisches und siegreiches Beispiel für die Rolle der Avantgardepartei, die das Proletariat an der Spitze aller Unterdrückten führt in Verteidigung der Rechte für Homosexuelle und alle Minderheiten, wurde 1982 in Chicago aufgezeigt. Dort wollten die Nazis marschieren, um den Gay-Pride-Tag zu verhindern. Sie dachten, dass niemand mobilisieren würde, um einen Angriff auf einen sehr verletzlichen Teil der Bevölkerung zu stoppen. Aber sie lagen falsch. Vereinigt in einer Einheitsfront der Spartacist League U.S. (amerikanische Sektion der IKL) demonstrierten dreitausend Leute, darunter Dutzende von Gewerkschaftsorganisationen, Schwarze, Juden, Hispanics, Homosexuelle und Studenten, und sie hielten den Nazidreck davon ab, zum Völkermord zu rekrutieren.

Als Kommunisten kämpfen wir gegen jede Form von bürgerlicher Ungerechtigkeit, aber wir sind gegen die sektoralistische Konzeption, die lautet „persönlich ist politisch“, und dass es möglich sei, die Welt zu ändern, indem man sich selbst politisch auf der Basis der eigenen Unterdrückung oder sexuellen Orientierung organisiert, anstatt basierend auf der Zentralität der Arbeiterklasse. Die Gruppo di Liberazione Omosessuale [Homosexuelle Befreiungsgruppe] innerhalb Rifondazione Comunista, deren Artikel unkritisch in zwei Ausgaben von *Proposta* veröffentlicht wurden, drückt eine Politik aus, die sich diffus im Schwulenmilieu bewegt: „Stolz zu sein auf das, was man ist, kann auch etwas Höheres bedeuten: Es kann bedeuten, seine eigene Identität als Unterdrückte kreativ zu interpretieren als Kraft zur globalen Transformation“ (*Proposta*, 28. Juni). Dieses falsche Bewusstsein verwischt die fundamentalen Klassenlinien in der Gesellschaft und führt zu extrem reaktionären Allianzen. Zum Beispiel pries kürzlich die Mario-Mieli-Gesellschaft, Hauptorganisator der Gay-Pride-Aktivitäten, offen den Schlächter Al Gore, Vizepräsident der Vereinigten Staaten und Kandidat fürs Weiße Haus, für dessen Unterstützung der Schwulendemonstration.

Als Marxisten konzentrieren wir unsere Angriffe gegen die *materielle* Basis der Unterdrückung. Wie Isaac Deutscher, Leo Trotzki's Biograf, schrieb: „Wir sagen nicht, daß der Sozialismus alle Probleme der menschlichen Gattung lösen wird. Wir kämpfen in erster Linie gegen Übel, die der Mensch angerichtet hat, und die er bewältigen kann. Trotzki sprach von den drei großen Tragödien, mit denen die Menschen nicht fertig werden, Hunger, Sexualität und Tod. Der Hunger ist der Feind, den sich der Marxismus und die moderne Arbeiterbewegung vorgenommen haben... Auch für den sozialistischen Menschen werden natürlich Sexualität und Tod Probleme darstellen, aber wir sind sicher, daß er ihnen besser ausgerüstet entgegentreten wird.“

Wir kämpfen dafür, revolutionäres Bewusstsein in das Proletariat hineinzutragen und die Arbeiterklasse zu mobilisieren, um durch ein Programm des Klassenkampfes gegen jede Form der Unterdrückung anzugehen. Wir kämpfen darum, die revolutionäre Partei der proletarischen Avantgarde zu schmieden, die als „Volkstribun“ agiert, wie Lenin das in *Was tun?* festhielt, „der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen“. Schließt euch uns an!■

SPD-Kampagne...

Fortsetzung von Seite 1

Bourgeoisie die Sozialdemokratie, nicht die Faschisten, um die Arbeiterklasse zu disziplinieren und die Weltmachtgelüste des deutschen Imperialismus in die Tat umzusetzen. SPD/Grüne haben die Aufgabe, das Sozialsystem zu zerschlagen – sie wollen die Löhne, die Renten, die Gesundheitsversorgung in den Keller drücken, und die „Antifa“-Kampagne ist für sie dabei ein Mittel, um den Unmut der Arbeiterklasse abzulenken. Hilfe bekommen sie dabei von den diversen Pseudolinken. Die haben sowieso überwiegend SPD und/oder PDS gewählt, kritisieren jetzt aber die Regierung von „links“, da die Heuchelei von Schröder/Fischer so offensichtlich ist. So sagt etwa *Linksruck*: „Rot/Grün akzeptiert die Prioritäten der Bosse und fällt vor den Reichen dieser Welt auf die Knie“. Zuvor hatten sie aber gelobt: „Deswegen ist die Forderung von Joschka Fischer richtig, [gegen Nazis] massenhaft zu demonstrieren und den öffentlichen Raum zu besetzen. Diesen Worten Fischers sollte die Regierung Taten folgen lassen“ (Flugblatt „Macht die NPD-Zentrale dicht!“, ohne Datum). Mit dieser Politik wird linken Jugendlichen die Lüge erzählt, man müsse die Regierung nur genügend drängen, dann würden SPD/Grüne wirklich etwas gegen die Nazis tun.

Aber der kapitalistische Staat, den zurzeit SPD und Grüne verwalten, existiert mit seinen „besondere[n] Formationen bewaffneter Menschen“ (Lenin) nur, um das Privateigentum der Kapitalistenklasse zu schützen. Alle Aktivitäten der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung haben dieses Ziel. Gegenwärtig ist es ihnen wichtig, das Ansehen des deutschen Imperialismus weißzuwaschen. So rief Schröder auf, Deutschland nicht „mit diesen wirklich schlimmen Entgleisungen“, den letzten Beispielen des Naziterrors, gleichzusetzen (*Tagesspiegel*, 9. August). Der Geschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) sorgt sich: „Wir haben gerade gut daran getan, per Green Card Experten anderer Länder einzuladen, bei uns tätig zu werden. Wenn die zu dem Schluss kommen, Deutschland sei fremdenfeindlich, dann ist das nicht einladend. Das wirkt sich aus: Investitionen gehen dorthin, wo das Know-how ist“ (*Tagesspiegel*, 23. September). Die *Frankfurter Rundschau* (25. September) drückt das so aus: „So viel Unterstützung die Nazis seinerzeit aus den Reihen der Unternehmer bekamen, so wenig können jetzt die Neo-Nazis mit einer Renaissance der alten Sympathien rechnen. Heute gilt: Die Braunen sind geschäftsschädigend.“

Anschläge wie in Düsseldorf oder Naziaufmärsche vorm Brandenburger Tor in Berlin werden gegenwärtig vom deutschen Imperialismus als Hindernis gesehen, seine Ambitionen nach einer Weltmachtrolle international gegen seine Hauptkonkurrenten USA und Japan durchsetzen zu können. Nicht mehr durch den Kalten-Kriegs-Block gegen die Sowjetunion gebunden, haben sich die interimperialistischen Rivalitäten außerordentlich verschärft. Die Osterweiterung der EU, ein von Deutschland geführter und gegen seine Haupttrivalen gerichteter imperialistischer Handelsblock, wird dabei vom deutschen Imperialismus als zentrales Projekt vorangetrieben, sowohl um die EU zu stärken als auch um seine eigene Vormachtstellung innerhalb der EU durch den Ausbau seiner Vorherrschaft in Osteuropa zu untermauern. Auch dafür dient die Kampagne, denn die dortige Bevölkerung hat das völkermörderische Wüten der deutschen Wehrmacht noch gut in Erinnerung. Als proletarische Internationalisten sagen wir: *Nieder mit der rassistischen Festung Europa! Nieder mit Maastricht und Schengen!*



Avanti

Gruppe Linksruck hinter Bullenkontingent auf Volksfrontdemo „gegen rechts“. Solche Mobilisierungen zielen auf Verbot der Nazis und ketten Arbeiterklasse an Bourgeoisie

Die jetzige Kampagne reiht sich nahtlos ein in die Anti-Haider-Kampagne im Frühjahr gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich, die besonders vom deutschen Imperialismus als Bedrohung für die ökonomische Einheit der EU und die geplante Osterweiterung gesehen wurde. Wir sagten: „Haider ist ein gefährlicher rassistischer Demagoge, der berüchtigt ist für seine Begeisterung für das Dritte Reich. Aber Haiders FPÖ ist im Grunde eine Wahlmaschine, sie verfügt nicht über die außerparlamentarischen Schlägertrupps, die das Wesen der Faschisten ausmachen und deren Zweck darin besteht, im Dienst der herrschenden Kapitalistenklasse die Arbeiterbewegung zu zerschlagen“ („Vorsicht vor EU-Sozialdemokraten – imperialistische Schlächter und Streikbrecher: Nieder mit dem rassistischen Demagogen Haider!“, *Spartakist* Nr. 139, Frühjahr 2000). Mit den Sanktionen gegen Österreich wollte der deutsche Imperialismus einen Präzedenzfall schaffen, um anderen EU-Staaten die Politik diktieren zu können. Angesichts

Fortgesetzt auf Seite 10

Spartakist-Veranstaltung

Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90

Redner: *Spartakist*-Redakteur Steffen Singer

- Der Kampf der IKL für ein Rotes Rätendeutschland
- PDS führte Konterrevolution in der DDR
SPD: Trojanisches Pferd der Konterrevolution

HAMBURG

Sonnabend, 28. Oktober, 16 Uhr
Deutsch-Ausländische Begegnungsstätte
Amandastraße 58
(U-/S-Bahn Sternschanze)
Kontakt: (0 40) 32 36 44

BERLIN

Mittwoch, 25. Oktober, 18 Uhr
Ort wird bekannt gegeben
Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

SPD-Kampagne...

Fortsetzung von Seite 9

wachsender interimperialistischer Rivalitäten hat dies eine gefährliche Dynamik. Wir erklären als proletarische Internationalisten: **Der Hauptfeind steht im eigenen Land!** Obendrein ging der Schuss mit den Sanktionen für die EU nach hinten los. Gerade lehnte Dänemark die Einführung des Euro ab, und der *Tagesspiegel* (29. September) kommentierte, dass die EU-Sanktionen „in Dänemark als massiver Übergriff der Mächtigen gegen ein kleines Land gewertet wurden und wenig Freunde fanden“.

Beim Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen in New York erklärte Schröder: „Deutschland hat nach dem Zweiten Weltkrieg eine zweite Chance erhalten. Wir wollen uns dieser Chance würdig erweisen durch beherztes Eintreten für Demokratie und Menschenrechte, für die Vertiefung der europäischen Integration, aber auch für die Stärkung der Vereinten Nationen... Bei einer Erweiterung des Kreises der Ständigen Mitglieder [sog. Sicherheitsrat] ist Deutschland zur Übernahme entsprechender Verantwortung bereit“ (Bundespresseamt-Mitschrift, 6. September). Diese „Stärkung“ der UNO verbunden mit dem Streben Deutschlands nach einem Sitz im Sicherheitsrat, dem entscheidenden UN-Gremium, soll diese imperialistische Institution in ein Mittel verwandeln, den Einfluss der US-geführten NATO zurückdrängen. Dahinter steht natürlich das Streben der deutschen Bourgeoisie, einen größeren Anteil am Weltmarkt zu erobern. Gleichzeitig traf sich Schröder in New York mit Arafat und Barak, um nach dem Scheitern der US-geführten Camp-David-Gespräche über die „Friedens“verhandlungen in Israel zu sprechen. Der Nahe Osten, ein zentraler Bestandteil der ölfreichsten Region der Welt, ist ein Brennpunkt imperialistischer Rivalitäten.

Die „Antifa“-Kampagne hat die gleiche Stoßrichtung wie die „Entschädigungszahlungen“, für die Schröder jetzt als „Weltstaatsmann“ ausgezeichnet wurde, während kein Einziger der Überlebenden bisher auch nur einen Pfennig gesehen hat. Die Familien der Zwangsarbeiter und Überlebenden des Holocaust müssen natürlich alles bekommen, was sie irgendwie den Unternehmen entreißen können, die durch Sklavenarbeit reich wurden. Aber die Bourgeoisie von Auschwitz will mit einer steuerlich absetzbaren Einmalzahlung ihre Vergangenheit ad acta legen. Nach zähen Verhandlungen darüber, wie viel ein jüdisches Leben oder das eines Rom wert sei, wird einer der Sprecher der deutschen

Industrie zitiert: „Erst wenn der Bundestag der Auffassung sei, die Firmen seien vor Klagen ausreichend geschützt, könne das Geld aus dem mit zehn Milliarden Mark ausgestatteten Fonds an die Zwangsarbeiter verteilt werden“ (*Tagesspiegel*, 29. September).

Gleichzeitig hat Günter Grass, unterstützt von dem IG-Metall-Gewerkschaftsbürokraten Zwickel, vorgeschlagen, jeder Deutsche sollte 20 DM als Entschädigung zahlen. Diese Kampagne soll der Arbeiterklasse die alte Kollektivschuldfrage in die Schuhe schieben, dass sie selbst für den Holocaust Verantwortung habe, und sie davon abhalten, gegen die Bourgeoisie von Auschwitz, die Hitler an die Macht brachte, zu kämpfen.

Außenminister Fischer brachte den Zweck der „Antifa“-Kampagne auf einem Botschaftertreffen am 4. September auf den Punkt: „Das Vertrauen und die Berechenbarkeit, die wir in den vergangenen 50 Jahren aufgebaut haben, können wir nur bewahren ... indem wir zu der Verantwortung für unsere Geschichte stehen. Darin liegt die Bedeutung der Entscheidungen zum Holocaust-Mahnmal und dem Zwangsarbeiterabkommen... Nur wenn wir diesen Kurs zweifelsfrei und ohne Misstrauen zu erzeugen fortführen, werden sich uns die Spielräume eröffnen, die wir brauchen und die deutsche Außenpolitik gestaltend nutzen kann“ (BPA-Mitschrift).

SPD und DGB-Bürokratie: Arbeitsteilung zur Knebelung der Arbeiterklasse

Die SPD, ebenso wie ihre sozialdemokratischen Pendanten in Europa, wurde mit dem ausdrücklichen Ziel an die Macht gebracht, den „Sozialstaat“ zu zerstören. Die Bourgeoisie fühlt sich nicht mehr gedrängt, in Konkurrenz zu den sozialen Leistungen der Planwirtschaft der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten, die aus dem Sieg der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg hervorgingen, den Arbeitern einen hohen Lebensstandard zu gewähren. Und Schröder machte seine Sache gut, wie Henkel, Chef des BDI, lobte: „In den letzten zwei Jahren hat sich mehr bewegt als in vielen Jahren zuvor“ (*Tagesspiegel*, 27. Juni). SPD und PDS – in Lenins Worten bürgerliche Arbeiterparteien, mit einer Arbeiterbasis und einer Führung, die durch und durch dem Kapitalismus verpflichtet ist – sind besonders geeignet, diese Angriffe der Kapitalisten durchzusetzen, solange ihre Basis ihnen mehr oder weniger vertraut. **Wir kämpfen dafür, diese proletarische Basis von ihrer Führung zu brechen und eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen.**

Der Unmut in der Arbeiterklasse wächst angesichts der Angriffe auf das Gesundheitssystem, die Renten, die Bildung bis hin zu den 630-Mark-Jobs, den Schlägen gegen die Flächentarifverträge wie beim Holzmann-Deal und gegen die Gewerkschaften insgesamt. Zynisch benutzt nun die SPD den mörderischen tagtäglichen Naziterror, mit offiziell – d. h. von der SPD nach unten gefälschten – durchschnittlich fünf rassistischen Angriffen pro Tag in den letzten vier Jahren und 93 Toten in den letzten zehn Jahren (*Frankfurter Rundschau*, 14. September), um die Wut der Arbeiter und Jugendlichen zu kanalisieren und der multiethnischen Arbeiterklasse so den Sozialraub reinzuwürgen.

Und dann kommt die der Klassenkollaboration verpflichtete sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie ins Spiel, die den angekündigten „heißen Herbst“ gegen die geplante Rentenreform jetzt flugs in Pro-Regierungs-Demonstrationen „gegen rechts“ umwandelt. Der Kern der Raubpläne der Regierung – Abschaffung der paritätischen Beteiligung von Ausbeutern und Arbeitern bei der Rentenkasse, sprich den Arbeitern die Last für die Renten aufzuhalsen – wird von der Bürokratie akzeptiert und es werden nur kosmetische Zugeständnisse gefordert. Die ÖTV-Bürokratie verhinderte in diesem Frühjahr einen Streik und würgte den Arbeitern, die



Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost DM 50,-
Seepost DM 20,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

streiken wollten, einen Abschluss rein, der noch schlechter war als Schilys ursprüngliches Angebot. IG-Metall- und ÖTV-Führung haben eine Laufzeit der Tarifverträge von zwei Jahren vereinbart, d. h. bis *nach* den nächsten Bundestagswahlen. Ein Geschenk, das der Schröder-Regierung freie Hand geben soll.

Die Gewerkschaftsbürokratie schürt Protektionismus und Rassismus. Gegen die rassistische Green-Card-Kampagne der Regierung, die „wirtschaftlich benötigte“ Experten zeitbegrenzt ins Land holen soll und andere Immigranten zur Abschiebung markiert, mobilisierte der DGB mit einer rassistischen Kampagne für „deutsche Arbeitsplätze“. Gleichzeitig fordert der DGB den Staat der Bosse auf, „mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen gewalttätige Neonazigruppen und ihre Ersatzorganisationen vorzugehen und sie zu verbieten“ (*jetzt handeln!*, 1. Auflage, April 2000). Von der Organisierung der Bullen im DGB – den professionellen Streikbrechern der Bosse – bis hin zum „Bündnis für Arbeit“ kettet die Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiter an die Bosse und ihren Staat. Sie sind – wie Lenin erklärte – „Opportunisten, die dem Proletariat als Klasse *fremd* sind, die Diener, Agenten der Bourgeoisie, Schrittmacher ihres Einflusses sind, von denen sich die Arbeiterklasse *befreien muß*, wenn sie nicht eine *bürgerliche Arbeiterbewegung* bleiben soll“ („Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, 1916). In den Gewerkschaften sind Millionen türkische, kurdische und jugoslawische Arbeiter zusammen mit ihren deutschen Klassenbrüdern organisiert, die den gesamten Reichtum dieser Gesellschaft produzieren, der ihnen aber von den Kapitalisten, denen die Betriebe gehören, gestohlen wird. *Für die völlige Unabhängigkeit der Gewerkschaften – keine Bosse und keine Bullen! Das erfordert im scharfen Kampf gegen die Sozialdemokratie die Schmiedung einer klassenkämpferischen Gewerkschaftsführung, deren beste Elemente in politischer Übereinstimmung mit der trotzkistischen Avantgardepartei sind.*

Rassistischer Staatsterror von SPD/Grünen stärkt die Nazis

Die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung ist es, die den Naziterror schürt; sie führen den rassistischen Staatsterror gegen Immigranten an. So wurden 1998 allein auf dem Luftweg 42 000 Immigranten deportiert, 4000 davon gewaltsam (*Berliner Zeitung*, 26. Juni 1999). 1992 wurde von Regierung und SPD eine rassistische Hetze gegen Flüchtlinge und Asylbewerber entfesselt, die ein Pogromklima schuf. Wenige Tage, nachdem der SPD-Parteitag seine Unterstützung für die Abschaffung des Asylrechtes beschloss, kam das staatlich organisierte Pogrom der Faschisten in Rostock. Die Faschisten bildeten die Schocktruppen für die rassistische Kampagne gegen das Asylrecht. Eins der letzten Beispiele dafür, wie die Bullen linke Jugendliche blutig prügeln, die einen NPD-Aufmarsch stoppen wollten, gab es in Neumünster am 2. September. Die Heuchelei der SPD-Kampagne und der Charakter dieses Staates wird deutlich, wenn man sich ansieht, was gerade jetzt in Rathenow, einer kleinen Stadt im SPD-regierten Brandenburg, passiert. Als der britische Journalist chinesischer Herkunft Justin



Spartakist

Berlin, 27. September 1999: ÖTV-Proteste gegen Privatisierungsangriffe der SPD/Grünen-Regierung

Jin, der eine Fotoreportage über Rassismus in Rathenow machte, mit drei Flüchtlingen afrikanischer Herkunft von Skinheads angegriffen wurde, griffen die beiden herbeikommenden Bullen Jin an, versuchten ihm die Kamera zu entreißen, drehten ihm die Arme auf den Rücken, verschleppten ihn auf die Wache und verweigerten ihm einen Anwalt. Als Jin später erklärte, „dass er in Brandenburg zwar rassistische Skinheads erwartet habe, aber nicht eine Polizei, die sich mit rechtsextremen Tätern verbrüdet und die Opfer misshandelt“ (*junge Welt*, 29. August), wurde nun von den Bullen Anzeige wegen „Verleumdung“ gegen zwei der Angegriffenen erstattet! Bei einer Sondersitzung des Innenministeriums stellte sich die SPD schützend vor die Bullen. Und Michael Schumann erklärte für die PDS, dass es „keine Veranlassung gibt, von einer Solidarisierung zwischen rechten Straftätern und Polizisten auszugehen“ (*Neues Deutschland*, 1. September). Wer wie die PDS diesen Kapitalismus verwalten will, „regierungsfähig“ sein möchte, muss die Bullen, die ihn aufrechterhalten, gegen solche einfachen

Fortgesetzt auf Seite 12

PDS biedert sich den Nazis an

Sachsen PDS hat keine Angst vor NPD-Abtrünnigen

Kontakte zu früherem NPD-Mitglied in Zittau wurden gründlich missverstanden

Von Michael Bartsch, Dresden

Sächsische PDS-Vertreter haben die Darstellung der Wochenzeitung »jungle world« über den angeblich bevorstehenden Eintritt eines ehemaligen NPD-Funktionärs in den Zittauer PDS-Kreisverband zurückgewiesen. Von Eintrittsabsichten des ausgeschiedenen NPD-Mitgliedes Gregor Janik könne überhaupt keine Rede sein, sagte Landesgeschäftsführer Rico Gebhardt. Dagegen sprechen schon der mehrschichtige bekundete

schist, immer Faschist, kann ich meine Antifa-Arbeit eigentlich aufgeben«, erklärte Juliane Wünsche. Sie habe mit Attacken wie denen der »jungle world« gerechnet.

Sogar das »Antifaschistische Recherche-Team Ostachsen« wird sich auf eigenen Wunsch am kommenden Montag mit Janik treffen. Heiderose Gläß bescheinigt dem aus Westdeutschland stammenden Anwalt immerhin eine ernsthafte Abkehr

Neues Deutschland

18. Mai 2000



PDS-Sachsen lässt sich von Nazis „gesundes Nationalempfinden“ bescheinigen. PDS-„Debatten“ mit Nazis verschaffen diesem Mörderpack Plattform. 1990 führte die PDS ostdeutsche Arbeiter in die Konterrevolution, die scharfen Anstieg von Naziterror brachte. Heute betreibt PDS anti-kommunistische Hetze, gibt DDR Schuld am Wachstum der Faschisten

SPD-Kampagne...

Fortsetzung von Seite 11

Wahrheiten „schützen“.

Innenminister Schilys Hetze, man müsse unterscheiden „zwischen Zuwanderung, die die Sozialkassen erheblich belastet, und Zuwanderung, die unseren wirtschaftlichen Interessen entspricht“ (*Berliner Zeitung*, 26. Juni), gibt grünes Licht für die faschistische Demagogie, die Immigranten als Sündenböcke für die Arbeitslosigkeit benutzt und Mordterror auf die Straße trägt. Der von der Regierung geschürte Rassismus ist der Stoßkeil für die Angriffe auf die gesamte Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse und die Minderheiten müssen ihre Interessen gemeinsam voranbringen oder sie werden getrennt zurückgeschlagen. Die Arbeiterklasse muss für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und alle, die es hierher geschafft haben, kämpfen!

Rassismus ist integraler Bestandteil dieses kapitalistischen Systems und hat das Ziel, die Arbeiterklasse zu spalten. Die Faschisten sind einfach der extremste Ausdruck der kapitalistischen Reaktion und nähren sich aus der Krise des Kapitalismus. Wie Trotzki 1932 in seinem Werk *Was nun?* erklärte:

„Die Reihe ist ans faschistische Regime gekommen, sobald die ‚normalen‘ militärisch-polizeilichen Mittel der bürgerlichen Diktatur mitsamt ihrer parlamentarischen Hülle für die Gleichgewichtserhaltung der Gesellschaft nicht mehr ausreichen. Durch die faschistische Agentur setzt das Kapital die Massen des verdummtten Kleinbürgertums in Bewegung, die Banden deklassierter, demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenexistenzen, die das gleiche Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt hat.“

Die Faschisten sind der zugespitzteste Ausdruck der Interessen der Bourgeoisie und – wie die Morddrohungen gegen den IG-Metall-Vorsitzenden in Elmshorn glasklar zeigen – ihre Reservearmee gegen das Proletariat, wenn im Falle einer extremen Krise, wie etwa Anfang der 30er-Jahre, die Sozialdemokratie als vorletzte Reserve der Bourgeoisie nicht mehr in der Lage sein sollte, die Arbeiterklasse im Zaum zu halten.

Was die Nazis wirklich *stoppen* und zurück in ihre Rattenlöcher jagen wird, ist eine unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse, das heißt Massenmobilisierungen der Gewerkschaften, mit ihren zahlreichen aus der Türkei, Kurdistan und anderen Ländern eingewanderten Arbeitern,

und die Unterstützung von Homosexuellen, Juden, Flüchtlingen, Linken und allen anderen potentiellen Opfern der Faschisten. *Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um die Nazis zu stoppen!* Wie Trotzki erklärte:

„Der Kampf gegen den Faschismus beginnt nicht in der Redaktionsstube eines liberalen Blattes, sondern in der Fabrik und endet auf der Straße. Die Streikbrecher und der private Wachdienst in den Fabriken sind die Urzellen der faschistischen Armee. Die *Streikposten* sind die Urzellen der proletarischen Armee.“ (Übergangsprogramm 1938, Gründungsdokument der Vierten Internationale)

Diese Perspektive erfordert einen scharfen politischen Kampf gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, die PDS und die SPD sowie ihre linken Wasserträger. *Der Kampf gegen den Faschismus ist untrennbarer Bestandteil des Kampfes zum Sturz des Kapitalismus durch proletarische Revolution. Indem die „Antifa“-Kampagne der SPD/Grünen-Regierung großdeutschen Nationalismus schürt und der Stärkung des deutschen Imperialismus dient, stärkt diese Kampagne die Nazis.*

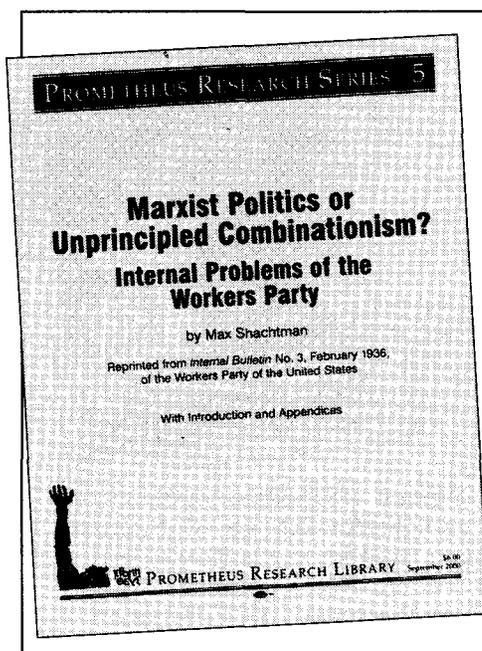
„Tod-des-Kommunismus“-Kampagne, unterstützt von Pseudolinken

Bei jeder sich bietenden Gelegenheit hetzt die SPD gegen die DDR, die sie mit dem Dritten Reich gleichsetzt und der sie die Schuld gibt am starken Naziterror im Osten. Diese antikommunistische Hetze soll alle prosozialistischen Bestrebungen der Arbeiterklasse kriminalisieren. Als treuer Lakai der Bourgeoisie verteufelt die SPD den deformierten Arbeiterstaat DDR, wo durch die Enteignung der Bourgeoisie und Errichtung einer Planwirtschaft dem Faschismus die materielle Grundlage entzogen worden war.

Aber der massiv angestiegene Naziterror ist direktes Resultat der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR und der Sowjetunion! In der früheren DDR hat die Bourgeoisie die Industrie niedergewalzt und national liegt die Arbeitslosigkeit bei vier Millionen – in Ostdeutschland in vielen Gebieten bei 25 Prozent und mehr. Die Nazis wachsen und nähren sich aus der Krise des Kapitalismus, der ansteigenden Massenarbeitslosigkeit und aus der damit verbundenen Hetze gegen Immigranten, die von der Regierung verbreitet wird. Durch blutige Gräueltaten rekrutieren sie unter der großen Anzahl frustrierter Jugendlicher und wachsen daher in den zerstörtesten Gebieten am stärksten.

Wir Trotzkiisten von der Internationalen Kommunistischen Liga haben den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat DDR bedingungslos militärisch gegen innere Konterrevolution und imperialistische Angriffe verteidigt. In die beginnende proletarische politische Revolution 1989 in der DDR intervenierten wir mit all unseren Kräften, um die Arbeiter durch den Sturz der stalinistischen Bürokratie im Osten an die Macht zu führen und im Westen durch eine soziale Arbeiterrevolution die Bourgeoisie von Auschwitz zu stürzen. Wir waren die einzige Partei, die gegen die Konterrevolution kämpfte (siehe dazu „Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90“, *Spartakist* Nr. 139, Frühjahr 2000).

Bei der von uns initiierten



NEU

Broschüre der Prometheus Research Library

„Marxistische Politik oder prinzipienlose Kombinationen?“

(in englischer Sprache)

Nachdruck eines Artikels von Max Shachtman, erstmals im Februar 1936 herausgegeben im *Internal Bulletin* der Workers Party of the United States, der revolutionären trotzkistischen Organisation der USA; mit Einleitung und Dokumentenanhang.

Shachtmans Dokument ist eine exzellente Präsentation der leninistischen Methoden des internen Parteikampfes. Es stellt auch einen der wenigen detaillierten Berichte der internen Fraktionskämpfe in der späteren Communist League of America dar.

DM 12,- (84 Seiten)

Zu beziehen über die Redaktionsadresse

Einheitsfrontdemonstration am 3. Januar 1990 in Berlin-Treptow gegen die faschistische Schändung des Ehrenmals für die Rote Armee erklärte ein Genosse der Spartakist-Gruppen vor 250 000 ostdeutschen Arbeitern und Jugendlichen: „Wir müssen eine wirkliche Arbeiterrätedemokratie bilden. Nur sie kann die Wurzeln des Faschismus ausrotten. Wir brauchen eine Partei im Geiste von Lenin, Liebknecht und Luxemburg! Wir müssen die sozialen Errungenschaften unserer Revolution ausweiten, damit wir überleben können in unserem Land. Für ein rotes Räted Deutschland in einem sozialistischen Europa!“

Die PDS, die heute von Pseudolinken wie der Sozialistischen Alternative Voran (SAV) und dem Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB) als irgendwie „prosozialistisch“ verkauft wird, war in Wirklichkeit der Schlüssel, die breite Schicht prokommunistischer Arbeiter in der DDR zu demokratisieren und in die Konterrevolution zu führen. Sie löste die Kampfgruppen, Arbeitermilizen auf Fabrikebene, auf. Bei den Volkskammerwahlen im März 1990, die ein Referendum über Ja oder Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung, d.h. Konterrevolution, waren, erklärte sie: „Wir sind ein Volk 1:1“, d.h. sie stimmte *mit Ja*. Heute nun sieht man das Schauspiel, wie sich die sozialdemokratische, exstalinistische PDS – in ihrem Drange, der deutschen Bourgeoisie ihre „Regierungsfähigkeit“ zu beweisen – im Lobpreisen der bürgerlichen „Demokratie“ und Schüren von Antikommunismus gegen die DDR überschlägt. So erklärte der PDS-Chefideologe Brie: „Die DDR hat einen Antifaschismus postuliert, der nicht demokratisch erstritten wurde. In diesen konnte 1945 jeder problemlos reinschlüpfen. Die DDR war ein Law-and-order-Staat, das ist für Neonazis bis heute ein Anknüpfungspunkt“ (*Berliner Zeitung*, 7. August).

Die SAV ist ein Paradebeispiel der pseudolinken Organisationen, die schon zuvor im Kalten Krieg Seite an Seite mit der SPD Antikommunismus propagierten. Im Februar 1990 forderten sie die SPD auf, aggressiver für die Konterrevolution einzutreten: „SPD in die Offensive!“ und „Das deutsche Volk hat das gleiche Recht auf Selbstbestimmung wie jedes andere“ (Extrablatt vom 25. Januar 1990). Später dann in der Sowjetunion unterstützten sie Jelzins konterrevolutionären Putsch. Heute ist die SAV der Schwanz der sozialdemokratischen PDS und verkündet als Echo von Brie, sie sei dafür, „das Ziel einer grundlegenden Gesellschaftsalternative aufrechtzuerhalten. Kein ‚law-and-order‘-Regime wie in der DDR, sondern eine wirklich sozialistische Demokratie“ (*Voran*, September 2000).

Keine Verbotsappelle an den bürgerlichen Staat!

Die PDS unterstützt die Regierung bei deren Verbotskampagne gegen die NPD. So erklärte Ulla Jelpke im „10-Punkte Sofortprogramm gegen Rechts“: „Die PDS-Fraktion wird, diesen unterstützen“ (PDS-Online). Schröder erklärte beim Botschaftertreffen in Berlin am 4. September, worum es dabei geht: Denen, „die Gewalt anwenden, die sich anmaßen, als Gruppe oder als Einzelne entscheiden zu wollen, wer in diesem Land unbehelligt leben und arbeiten darf – ob sie nun Vereine oder Parteien sind –, deutlich zu machen, dass das ein Angriff auf das Gewaltmonopol des Staates ist, den der Staat nicht dulden wird“ (BPA-Mitschrift). Sprich der kapitalistische Staat entscheidet, wer hier leben darf und wer deportiert wird. Gesetze und Verbote gegen die Nazis, die immer im Gewand von Verboten gegen „Verfassungsfeinde“ oder „Extremisten“ daherkommen, werden sich gegen die Arbeiterklasse und die Linke richten! Als 1993 die FAP verboten wurde, geschah dies nur, um den Anschein einer „Neutralität“ des Staates zu erhalten, der gleichzeitig die PKK und 36 kurdische Vereine verbot. Genauso war es schon in den 50er-Jahren: Das Verbot

der faschistischen SRP bereitete das KPD-Verbot vor. Die Illusion, der Staat sei neutral, ist gefährlicher reformistischer Unsinn. Und die Pseudolinke schürt Illusionen in den bürgerlichen Staat. So erklären die Bilderbuchreformisten der Gruppe Linksruck in ihrer neuen Broschüre „Aktiv gegen Rechts“: „Staat und Polizei sind keine verlässlichen Verbündeten im Kampf gegen die Nazis und ihre Aufmärsche.“ Der kapitalistische Staat kann also ein „Verbündeter“, wenn auch „unzuverlässig“ sein? Dieser Staat ist das



REUTERS/Reinhard Krause

Neumünster, 2. September: Bullen schützen Naziaufmarsch, verprügeln Linke

Organ der Diktatur der Bourgeoisie, er dient der Verteidigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, er ist der *Feind* der Arbeiterklasse und aller Unterdrückten. Lenin betonte in *Staat und Revolution*: „Der Marxsche Gedanke besteht darin, daß die Arbeiterklasse ‚die fertige Staatsmaschine‘ *zerschlagen, zerbrechen* muß und sich nicht einfach auf ihre Besitzergreifung beschränken darf.“ Aber genau diese Vorstellung, dass der Staat „neutral“ sei und mit einer entsprechend „linken“ Regierung nach links gedrängt und irgendwie nutzbar gemacht werden könne, ist der Rahmen, in dem sich alle Pseudolinken bewegen, die keinerlei Per-

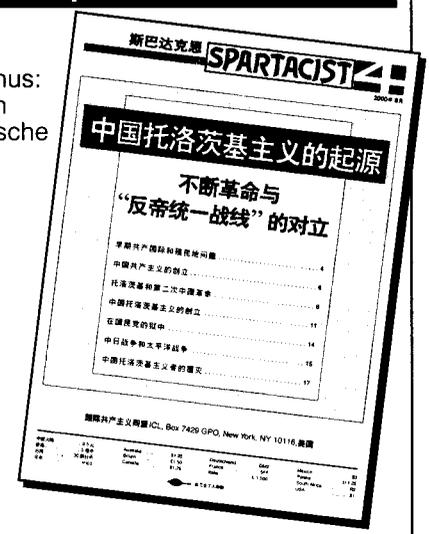
Fortgesetzt auf Seite 24

In chinesischer Sprache erhältlich!

Die Ursprünge des chinesischen Trotzismus: Permanente Revolution kontra „antiimperialistische Einheitsfront“

24 Seiten
DM 2,-

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



Sprit-Proteste...

Fortsetzung von Seite 4

deren sklavische Loyalität zu „ihrer“ arbeiterfeindlichen Labour-Regierung und der bürgerlichen Ordnung, die sie hütet, keine Grenzen kennt. Ursprünglich weigerten sich viele Kraftfahrer Öl zu transportieren, außer in Notfällen. Aber die Bürokratie der Transportarbeitergewerkschaft (TGWU, Transport and General Workers Union) wies skandalöserweise ihre Mitglieder an, das Öl auszufahren. In einer TGWU-Presseerklärung vom 12. September, dem Tag des Blair-Ultimatums, hieß es: „Die Gewerkschaft, die die Tanklasterfahrer vertritt, forderte ihre Mitglieder dringend auf, weiterzuarbeiten, soweit ihre Sicherheit nicht gefährdet ist“, und weiter: „Wir fordern die Protestteilnehmer dringend auf, die Blockaden aufzulösen und es unseren Mitgliedern zu ermöglichen, die Lieferungen wieder aufzunehmen.“ Der TGWU-Generalsekretär Bill Morris stachelte die Bullen an mit der Erklärung: „Wenn die Demonstranten das Gesetz brechen, sollten sie verhaftet werden“ (*Guardian*, 13. September).

Der *Sunday Telegraph* (17. September) berichtet: „Während Mr. Blair erzwang, die Truppen einzusetzen, probierte Mr. Brown [Finanzminister] einen anderen Plan aus, um die Auseinandersetzung abubrechen – durch Benutzung der Gewerkschaften.“ Weiter heißt es: „Beim TUC in Glasgow hatte er am Vortag Bill Morris getroffen, den Führer der Transportarbeitergewerkschaft, wo viele Tanklasterfahrer Mitglied sind. Er überzeugte ihn von der Notwendigkeit, die Krise zu beenden.“ John Prescott [stellvertretender Premierminister] warnte Blair, dass der Einsatz von Truppen ein Schuss nach hinten wäre und die „heiklen Verhandlungen, die in dieser Nacht zwischen Gewerkschaftsführern und Tanklasterfahrern stattfinden“, kaputt machen würde. Die Gewerkschaftsbürokratie war also ausschlaggebend dafür, dass die Labour-Regierung die Krise entschärfen konnte.

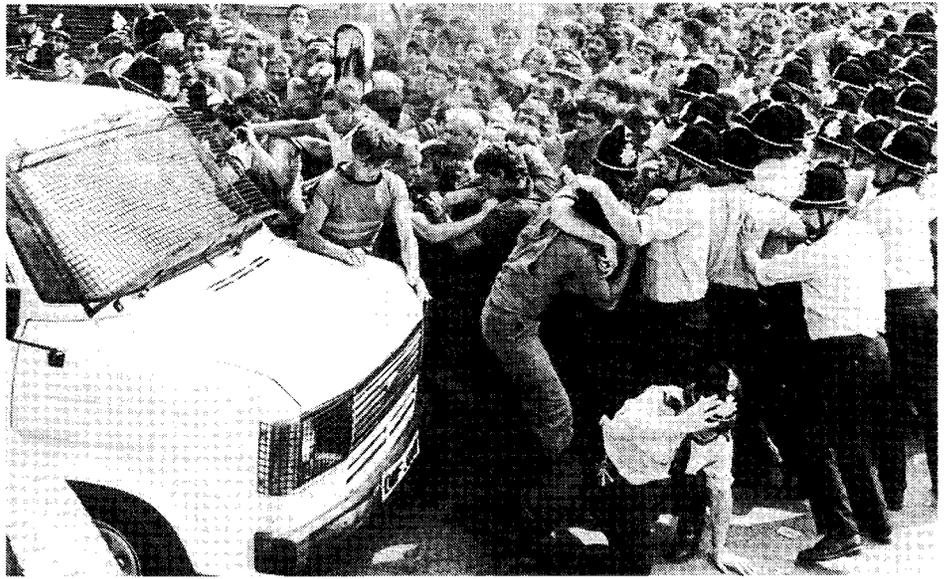
Brecht mit Labour!

Die Schärfe der durch die Ölproteste ausgelösten Krise veranlasste die Regierung zu einer Reaktion, die das Funktionieren des kapitalistischen Staates und der finsternen Kräfte beleuchtet, welche in Zeiten einer gesellschaftlichen Krise gegen die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten aufgeföhren werden. Die Polizeipräsenz bei den Raffinerien wurde verstärkt, der Truppeneinsatz wurde vorbereitet und in Essex verließ ein Tankwagen das Tanklager mit einem bewaffneten Bullen an Bord.

Unter dem Lack der parlamentarischen Demokratie lauert die Wirklichkeit des repressiven britischen Staates. Der kapitalistische Staat besteht, wie Lenin erklärte, aus besonderen Formationen bewaffneter Menschen – den Bullen und der Armee –, die zur Verteidigung des Privateigentums da sind. Der kapitalistische Staat kann nicht reformiert werden; die Macht der Kapitalistenklasse muss zerschlagen und durch einen Arbeiterstaat ersetzt werden. Der Geheime Rat, in dem die Queen den Vorsitz hat, wurde einberufen, um der Regierung „Sondervollmachten“ zu übertragen, damit sie die Kontrolle über die Verteilung des Kraftstoffs übernimmt, auch unter Einsatz militärischer Mittel, zu dem Zweck, die Ölblockade zu brechen. Dieser „private“ Rat der Queen setzt sich aus amtierenden und früheren Ministern

zusammen, darunter dem Labour-„Linken“ Tony Benn. Wir sagen: Weg mit der Monarchie!

Die Bauern und kleinen Speditionsfirmen, die diesen Protest anführten, traten unverhüllt für nationalen Chauvinismus ein, was ihre ökonomischen Interessen widerspiegelt. Das zeigte sich bis zum Erbrechen bei Brynle Williams,



Sturrock/Network

Streikposten im Kampf gegen Streikbrecher und Bullen beim britischen Bergarbeiterstreik 1984/85

einem prominenten Sprecher der Bauern bei der Blockade in Cheshire, der sagte: „Wir mögen die Vorstellung nicht, dass irische Kraftfahrer hier rüber kommen mit ihrem billigen Diesel, dann zwei oder drei Tage arbeiten, ihr billiges Fleisch hier rüberbringen und uns so unserer Lebensgrundlage berauben“ (*Guardian*, 12. September). Im Gegensatz dazu hat die Arbeiterklasse ein direktes gemeinsames Interesse mit den Arbeitern der anderen Länder. Als die Proteste Frankreich, Britannien und Belgien erfassten, war eine proletarische internationale Solidarität brennend notwendig, in scharfer Opposition zum antifranzösischen Chauvinismus, der auch von Blair & Co. vertreten wird. Der proletarische Internationalismus, der beim Bergarbeiterstreik 1984/85 zu sehen war, als Arbeiter aus Frankreich und anderen Ländern Geld für ihre britischen Genossen sammelten und französische Bergarbeiter gemeinsam mit britischen Bergarbeitern die Internationale sangen, ist ein Beispiel für eine internationale Klassensolidarität, wie sie nötig ist. Wir kämpfen für die Mobilisierung der Arbeiter gegen jeden Ausdruck des nationalen Chauvinismus und Rassismus und für volle Staatsbürgerrechte von Immigranten.

Die IKL-Sektionen in Britannien und Frankreich gaben Blairs Labour Party und Jospins sozialistisch geführter Volksfront keinerlei Unterstützung. Das steht im krassen Gegensatz zu den Pseudo-„Sozialisten“ in beiden Ländern, die bei der Wahl der Blair- und Jospin-Regierung mithalfen und diesen Regierungen verpflichtet sind. Jospins bürgerliche Koalitionspartner der Grünen treten am schärfsten gegen eine Senkung der Mineralölsteuer auf und haben damit den arbeiterfeindlichen Charakter der grünen Umweltpolitik deutlich gemacht. Klassenkämpferische Aktionen würden heute der Opposition gegen diese arbeiterfeindlichen rassistischen Regierungen einen riesigen Ansporn geben. Die Labour Party ist eine bürgerliche Arbeiterpartei – Revolutionäre streben an, die Arbeiterbasis von den prokapitalistischen Führern zu *spalten* und davon zu überzeugen, dass ein revolutionäres Programm und eine revolutionäre Partei notwendig sind. Von der streikbrecherischen Labour-Regierung der 70er-Jahre bis zum Todesstoß gegen den

heroischen Bergarbeiterstreik sind die Labour Party und die TUC-Spitze das strategische Hindernis beim Kampf für die Herrschaft der Arbeiterklasse.

TUC-Generalsekretär John Monks verglich ungeheurerlicherweise die Spritproteste mit den Mobilisierungen der Lastwagenfahrer, die 1973 in Chile von der CIA gegen die Allende-Volksfrontregierung unterstützt wurden. Die Mobilisierungen in Chile waren Teil einer imperialistischen „Destabilisierungskampagne“ gegen die Allende-Volksfrontregierung, die in dem blutigen Militärputsch von General Pinochet gipfelte und hauptsächlich darauf abzielte, die chilenische Arbeiterklasse inmitten einer vorrevolutionären Situation zu zerschlagen. Eine Parallele zu den breiten Mobilisierungen im heutigen Britannien zu ziehen, die sich gegen eine kapitalistische Labour-Regierung richten, zeigt das ganze Ausmaß der Lehnstreue der Labour-Bürokratie zu dieser Regierung. In Wirklichkeit erinnert Blair weniger an Allende als an die Pinochet-Anhängerin Margaret Thatcher zur Zeit des ein Jahr andauernden Bergarbeiterstreiks oder des späteren Aufruhrs über die Kopfsteuer.

Die reformistische Linke demonstrierte im Verlauf der Proteste ihre Loyalität zur Labourpolitik. Die Zeitung der Kommunistischen Partei, *Morning Star* (13. September), war gegen die Proteste und forderte Blair auf: „Die Regierung sollte alle gesetzlichen Schritte ergreifen, die notwendig sind – ohne Einsatz von Polizeigewalt –, um die freie Beförderung von Öl und Benzin sicherzustellen.“ Die Socialist Workers Party (in Deutschland Linksruck) unterstützte die Proteste mit der Schlagzeile: „Verbitterung schlägt Blair ins Gesicht“; sie vergaßen allerdings zu erwähnen, wie „himmelhoch jauchzend“ sie den Wahlsieg von Labour 1997 begrüßt hatten. Auch wenn die SWP manchmal über die Übel jammert, die die Blair-Regierung mit sich gebracht hat, setzt sie sich im Voraus dafür ein, diese für eine weitere Wahlperiode im Amt zu halten. So machte der SWP-Guru Chris Harman klar: „Die meisten Sozialisten werden, wenn möglich, bei den nächsten Parlamentswahlen sozialistische Kandidaten unterstützen, aber immer noch Labour wählen, wenn kein sozialistischer Kandidat antritt“ (*Socialist Review*, September 2000). Gleichzeitig verheimlichen sie die Rolle der Gewerkschaftsbürokratie mit ihrer Schlagzeile auf der Titelseite: „Warum treten Gewerkschaftsführer nicht in Aktion?“ (*Socialist Worker*, 16. September). Aber die Gewerkschaftsbürokratie *trat in Aktion* – wie vorauszusehen –, um das Öl wieder strömen zu lassen. Außer dem Streikbrecher Morris gab es Bill Speirs, Generalsekretär des schottischen TUC, der die Proteste als „Blockade der Bosse“ denunzierte. Das war auch die Linie der Gewerkschaftsbürokratie in Frankreich, um den Streikbruch zu rechtfertigen und die Jospin-Regierung in der Stunde ihrer Krise zu retten.

Labour regiert für britischen Imperialismus

Öl ist nicht einfach eine Ware wie jede andere; es ist der Rohstoff für über 40 Prozent der Weltenergie. Der Zugang zum Öl ist daher von lebenswichtiger strategischer Bedeutung für moderne kapitalistische Staaten. Seit den 20er-Jahren hatten der britische und der amerikanische Imperialismus durch ihre Kontrolle über die Ölfelder am Persischen Golf ständig einen enormen strategischen Vorteil gegenüber ihren Rivalen Deutschland und Japan. Während des Golfkriegs 1991 hat London im Bündnis mit Washington Zehntausende Irakis ermordet, um für die USA und Britannien die Kontrolle über die Ölvorkommen der Region zu sichern. Eineinhalb Millionen Menschen, darunter eine halbe Million Kinder, sind durch das Hungerembargo getötet worden. Die Imperialisten setzen mit ihren fast täglichen Bombenangriffen und den Sanktionen das Gemetzel fort, um zu verhindern, dass das Öl des Irak den Weltmarkt erreicht. Wenn man billigeres Öl will, muss man die Irak-Blockade brechen!

Wir sagen: Nieder mit den Hungersanktionen!

Erschüttert durch die Wucht und das Ausmaß der Unterstützung für die Kraftstoffblockaden, trifft die Blair-Regierung Vorbereitungen für eine große Konfrontation. Die *Financial Times* (16. September), Sprachrohr der City, des Finanzzentrums, bemerkte in einem Kommentar: „Die Minister sollten die Akten von 1981 hervorkramen, als Margaret Thatcher gegenüber den Bergarbeitern nachgab. Sie war nicht vorbereitet; die Kohlevorräte waren gering. Aber nach dem Riesenwählerfolg von 1983 war sie vorbereitet, und ein Jahr später wurden die Bergarbeiter bezwungen.“ Die Spartacist League kämpfte dafür, den Streik auf die Eisenbahn und die Häfen auszuweiten und das Land dicht zu machen. Doch obwohl die Bergarbeiter militant und heroisch gegen die Kräfte des kapitalistischen Staates kämpften, wurden sie durch den Verrat der Labour-Führer und der Gewerkschaftsbürokratie betrogen, während der Bergarbeiterführer Arthur Scargill mit der Labour Party verbunden blieb. Wir wollen die Lehren dieses Streiks in das Bewusstsein der Arbeiter einprägen, so dass die Arbeiterklasse vorwärts gehen kann zum Sieg.

Die Aktion der Tankwagenfahrer hat das Land fast zum Stillstand gebracht. Als aus den Zapfsäulen kaum noch ein Tropfen kam, wurden die Regale in den Supermärkten immer leerer, den Banken ging das Bargeld aus und Eisenbahner warnten, dass die Arbeiter nicht in der Lage wären, zur Arbeit zu kommen. Das lässt den ganzen Mythos von einer „neuen Ökonomie“ zerplatzen, wonach der „globale“ Kapitalismus in einer virtuellen Realität operiert und die Waren durch das Klicken einer Maus im ganzen Land befördert werden. Die kapitalistische Wirtschaft hängt von der Arbeit des Proletariats ab und von Kraftstoff, der von Tanklastern geliefert wird.

Die Arbeiterklasse ist die einzige Kraft, die die Macht, die soziale Geschlossenheit und das direkte Interesse hat, die Angriffe der Regierung zurückzuschlagen. Das muss verbunden werden mit einem Kampf, das gesamte System von Klassenausbeutung, nationaler Unterdrückung, Rassismus und Krieg zu stürzen – ein System, das von Labour mit aller Macht aufrechterhalten wird. Sehr viele Arbeiter, die mit Fabrikschließungen, Privatisierungen und rassistischen Angriffen konfrontiert sind, sind erpicht darauf, sich selber an militantem Klassenkampf zu beteiligen. Wir wollen eine Partei aufbauen, die fest entschlossen ist, das Proletariat in einer sozialistischen Revolution zu führen, um die Kapitalistenklasse zu enteignen, einschließlich der Ölkonzerne, und eine sozialistische Planwirtschaft aufzubauen. ■

Abonniert!

Workers Hammer
Zeitung der Spartacist
League/Britain

4 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe)

Europa DM 10,-

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

WORKERS HAMMER
No. 172
September 2000
Organ of the Spartacist League/Britain

Chinese workers revolt against "market reforms"

For unconditional military defence of China against imperialism, capitalist counterrevolution! For proletarian political revolution to end Stalinist bureaucracy!

Down with racist Labour government's imperialist invasion!

British and all UN troops out of Sierra Leone now!

Die Ursprünge des Anarchismus

Vom bürgerlichen Idealismus zum „grünen Radikalismus“

Nachfolgend veröffentlichen wir die redigierte Abschrift eines Schulungsvortrags, den Joseph Seymour, Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., am 22. Juli vor dem New Yorker Spartacus Youth Club gehalten hat.

Was ich hier versuchen möchte, ist eine Erörterung jener Ideen und Haltungen des klassischen Anarchismus, die wir heutzutage bei radikalen amerikanischen Jugendlichen antreffen, nicht nur bei jenen, die sich Anarchisten nennen, sondern auch bei den grünen Radikalen und Linksliberalen; also bei den Leuten, die an den Protesten von Seattle und Washington teilnahmen und von denen viele jetzt im Dunstkreis der Wahlkampagne von Nader (Kandidat der Grünen) zu finden sind. Wie wir noch sehen werden, brachten jene Jugendlichen, die von den Weltbank-Direktoren die Schuldentilgung für arme Dritte-Welt-Länder forderten, eine Haltung und eine Position zum Ausdruck, die vollkommen in Einklang steht mit den Lehren von Peter Kropotkin, dem wichtigsten anarchistischen Wortführer und Theoretiker des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts.

Im Grunde gehört der Anarchismus – sozusagen als der leicht wirre entfernte Verwandte – zur Familie des radikal-demokratischen Idealismus. Nun, alle Formen des radikal-demokratischen Idealismus stammen in intellektueller Hinsicht von der Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts ab, genau genommen von ihrem linken Flügel, und sie fanden ihren organisatorischen Ausdruck durch die Französische Revolution von 1789, die versuchte, die Ideale des linken Flügels der Aufklärung umzusetzen. In den Anfängen des 19. Jahrhunderts waren die verschiedenen Lehren des Sozialismus, die Marx und Engels später den utopischen Sozialismus nannten, eine Form des radikal-demokratischen Idealismus. Heutzutage ist der grüne Radikalismus eine Form des radikal-demokratischen Idealismus, der, wie wir noch sehen werden, in mancherlei Hinsicht eine nahe Verwandtschaft zum klassischen Anarchismus aufweist. Auch der übliche Liberalismus nährt sich aus dieser geistigen Tradition.

Die grundlegende Prämisse des radikal-demokratischen



Anti-WTO-Demonstranten letzten Winter in Seattle. Selbsternannte Anarchisten zusammen mit liberalen Aktivisten appellieren reformistisch an „Humanität“ gegen „Globalisierung“

aus klassenübergreifende Lehren. Das heißt, sie appellieren an alle Menschen aller sozialer Klassen, einschließlich der „fortschrittlichen“ oder „aufgeklärten“ Elemente der besitzenden und herrschenden Klasse, diese Prinzipien zu verwirklichen, die viele von ihnen angeblich achten: das zu praktizieren, was sie predigen.

Dass der Anarchismus wirklich eine Variante des radikal-demokratischen Idealismus ist, zeigt sich ganz deutlich im Werdegang der geschichtlich bedeutendsten Figur der anarchistischen Bewegung – des Mannes, der eigentlich die Bewegung gründete, Michail Bakunin. Zwar ist Bakunin meist nur als Anarchist bekannt, doch war er in Wirklichkeit ein Anarchist nur in den letzten zehn Jahren seiner Laufbahn als linker Radikaler, die sich von Mitte der 40er-Jahre bis zu seinem Tod Mitte der 70er-Jahre des 19. Jahrhunderts erstreckte. Er begann als radikaler Student an der Universität von Berlin als ein Linkshegelianer. Interessanterweise waren er und Friedrich Engels so etwas wie Kumpel, sie waren so etwas wie „die Roten auf dem Campus“. Sie waren Mitglieder in einem linkshegelianischen Zirkel, der sich „die Freien“ nannte.

Bakunin wurde bekannt während der europäischen bürgerlich-demokratischen Revolutionen von 1848 als ein Vertreter des so genannten „demokratischen Panlawismus“, einer extrem linken Form der Idee der nationalen Befreiung. Damals waren alle slawischen Völker (mit Ausnahme der Russen) von anderen Völkern unterjocht und unterdrückt. Die Südslawen – die Serben und Bulgaren – waren

Idealismus ist, dass die Welt mehr oder weniger sofort so umstrukturiert werden könne, dass sie mit den Idealen der klassischen bürgerlich-demokratischen Revolution übereinstimmt – ausgedrückt z.B. als „Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Glück“ in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung oder auf radikalere Art als „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ in der weit radikaleren Französischen Revolution. Diese Ideale werden auf unterschiedliche Weise interpretiert, gehen aber alle auf dieselbe zentrale Prämisse zurück. Alle Ausprägungen des radikal-demokratischen Idealismus sind von Natur

Teil des türkischen Osmanischen Reiches. Die Westslawen – Tschechen und Slowaken – gehörten zum deutsch-dominierten Habsburger Reich. Polen, das größte slawische Land außerhalb Russlands, war damals geteilt zwischen dem Habsburger Reich, Preußen und dem ebenfalls slawischen russischen Zarenreich.

Bakunin gab seinen „Aufruf an die Slawen“ heraus, um alle slawischen Völker zu vereinigen und zu befreien und um eine radikaldemokratische Föderation der slawischen Völker zu errichten. Das war kein Aufruf an die slawische Bauernschaft oder die unterdrückten und ausgebeuteten Massen. Es war buchstäblich ein Appell an die Slawen, an alle Slawen. Engels unterzog Bakunins Manifest einer vernichtenden Kritik. Bedeutend dabei ist, dass er über die Besonderheiten der slawischen nationalen Frage hinausging und sich mit der zugrunde liegenden Weltanschauung auseinandersetzte, die heute immer noch starken Einfluss hat. Engels schrieb:

„Von den in der Wirklichkeit bestehenden Hindernissen einer solchen allgemeinen Befreiung, von den so durchaus verschiedenen Zivilisationsstufen und den dadurch bedingten ebenso verschiedenen politischen Bedürfnissen der einzelnen Völker ist keine Rede. Das Wort ‚Freiheit‘ ersetzt das alles. Von der Wirklichkeit ist überhaupt keine Rede, oder soweit sie etwa in Betracht kommt, wird sie als etwas absolut Verwerfliches, von ‚Despotenkongressen‘ und ‚Diplomaten‘ willkürlich Hergestelltes geschildert.“

Wenn ihr „Despotenkongresse“ und „Diplomaten“ durch „multinationale Konzerne“ ersetzt, sollte euch diese Passage sehr bekannt vorkommen. Dieser schlimmen Realität wird der angebliche Wille des Volkes mit seinem kategorischen Imperativ, dem absoluten Gebot der Freiheit, entgegengesetzt. Engels fährt fort: „Gerechtigkeit“, „Menschlichkeit“, „Freiheit“, „Gleichheit“, „Brüderlichkeit“, „Unabhängigkeit“ – bis jetzt haben wir weiter nichts in dem panslawistischen Manifest gefunden, als diese mehr oder weniger moralischen Kategorien, die zwar sehr schön klingen, aber in historischen und politischen Fragen *durchaus nichts beweisen*. Die ‚Gerechtigkeit‘, die ‚Menschlichkeit‘, die ‚Freiheit‘ usw. mögen tausendmal dies oder jenes verlangen; ist die Sache aber unmöglich, so geschieht sie nicht und bleibt trotz alledem ein ‚leeres Traumgebilde‘“ (Hervorhebung im Original).

Ich glaube, diese Passage enthält den Kern von 90 Prozent der Diskussionen und Auseinandersetzungen, die wir heutzutage mit amerikanischen radikalen Jugendlichen

Dresdner Aufstand im Mai 1849 (unten). Michail Bakunin wurde zuerst als linker panslawistischer Nationalist bei den europäischen demokratischen Revolutionen von 1848 bekannt



Fotos: Dietz Verlag

haben. Im Namen von Gerechtigkeit und Menschlichkeit rufen sie die Weltbank dazu auf, armen Ländern die Schulden zu erlassen, rufen sie die Clinton-Regierung dazu auf, einen internationalen Beschäftigungsstandard und Umweltschutzstandards voranzubringen, rufen sie die NATO dazu auf, die albanischen Kosovaren von der Unterjochung Serbiens zu befreien.

Rousseau und die „Natur des Menschen“

Der dominierende geistige Einfluss auf die Linke vor Marx kam von Jean-Jacques Rousseau, der seine politische Philosophie so zusammenfasste: „Der Mensch ist von Natur aus gut; erst durch Institutionen werden Menschen böse.“ Diese Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen war der bei weitem wichtigste geistige Einfluss auf Generationen von Revolutionären, von den Jakobinern der Französischen Revolution über die verschiedenen Radikalen im Europa des frühen 19. Jahrhunderts bis zu den meisten „Roten 48ern“ der Revolution von 1848. Die grundlegende Prämisse Rousseaus ist, dass der menschlichen Art ein natürlicher – nicht sozial und historisch bedingter, sondern ein natürlicher – Instinkt für Mitgefühl und Mitleid anderen Mitgliedern der Art gegenüber zu Eigen ist.

Der ambitionierteste Versuch irgendeiner wissenschaftlichen Begründung dieser Ansicht – die man „Arten-Solidarität“ nennen könnte – war der des Anarchisten Kropotkin in einem Buch mit dem Titel *Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt*, welches als die autoritative Darstellung der anarchistischen Lehre im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert galt. Die ersten beiden Kapitel sind der gegenseitigen Hilfe bei Tieren gewidmet, d.h. unter nicht-menschlichen Tieren. Um euch einen Geschmack von der Beweisführung zu geben (ich habe das nicht erfunden; so kreativ bin ich nicht):

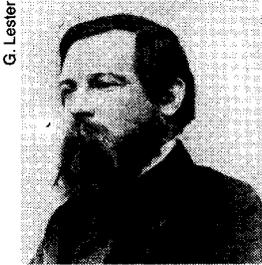
„Was den großen Molukkenkreb (Limulus) angeht, so war ich (1882, im Aquarium zu Brighton) erstaunt über die Ausdehnung der gegenseitigen Unterstützung, die diese plumpen Tiere einem Kameraden gegenüber im Falle der Not leisten können. Einer von ihnen war in einer Ecke des Beckens auf den Rücken gefallen, und sein schwerer topfartiger Rückenschilde verhinderte ihn, in die natürliche Stellung zurückzukehren... Seine Kameraden kamen zu Hilfe, und eine Stunde lang

Fortgesetzt auf Seite 18



Houghton Mifflin Company

Peter Kropotkin, führender anarchistischer Sprecher und Theoretiker Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, Autor des Buches *Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt*



G. Lester

Friedrich Engels (oben) und Karl Marx stellten revolutionäre Mobilisierung der Arbeiter gegen Kapitalismus der auf Klassenkollaboration beruhenden Doktrin des Anarchismus entgegen



N. N. Zhukova

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 17

beobachtete ich, wie sie sich bemühten, ihrem Mitgefangenen zu helfen.“

Nun, ich glaube, allein durch die Lektüre dieses Abschnitts sieht man leicht die Verwandtschaft mit dem grünen Radikalismus.

Die sehr engen verwandtschaftlichen Bande zwischen klassischem Anarchismus, besonders in seiner kropotkinschen Ausprägung, und grünem Radikalismus werden durch die Laufbahn von Murray Bookchin verkörpert. In den 60er- und 70er-Jahren war Bookchin der herausragende anarchistische Intellektuelle in den USA. D. h. seine Rolle in der amerikanischen linken Politik und bei den Intellektuellen war sehr ähnlich wie die von Noam Chomsky heute. Genau genommen war Bookchin ein noch aggressiverer Antimarxist als Chomsky, denn der „Marxismus-Leninismus“ war damals in Mode. Aber irgendwann bewegte sich Bookchin in Richtung der populäreren Lehren des grünen Radikalismus, die er Sozialökologie nannte. Doch er veränderte nicht seine Weltanschauung. Es ist dieselbe Weltanschauung, nur ein wenig anders ausgedrückt.

Alle Formen des grünen Radikalismus gehen implizit davon aus, dass sich alle Menschen in ihrem sozialen und politischen Verhalten grundsätzlich von der Erkenntnis der zukünftigen Interessen der Menschheit leiten lassen sollten. Anders ausgedrückt, wenn man die Leute davon überzeugen kann, dass Autos der Umwelt schaden und für die Zukunft der Menschheit und anderer Arten schädlich sind, so werden sie wahrscheinlich Autos abschaffen. Es macht nichts aus, dass die moderne Industriegesellschaft ganz auf das Auto ausgerichtet ist, dass man ohne Auto kaum zur Arbeit kommt.

Wenn der Mensch von Natur aus gut, von Natur aus mitfühlend ist, wie Rousseau sagt, wie kommen wir dann in dieses Schlamassel, in dem wir uns befinden? Wie kommt es, dass wir Kriege haben, Sklaverei, Eroberung und Unterjochung eines Volkes durch ein anderes, Klassenausbeutung, Folter, Mord und den ganzen Kram? Nun, Rousseaus Antwort ist, dass dies von der Institution des Privateigentums kommt, das für Rousseau grundsätzlich „eine schlechte Idee“ war. In seiner *Abhandlung über den Ursprung der Ungleichheit* schreibt er:

„Der Erste, welcher ein Stück Landes umzäunte, sich in den Sinn kommen ließ, zu sagen: *dies ist mein*, und einfältige Leute antraf, die es ihm glaubten, der war der wahre Stifter der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viel Laster, wie viel Krieg, wie viel Mord, Elend, Gräueltat hätte einer nicht verhüten können, der die Pfähle ausgerissen, den Graben verschüttet und seinen Mitmenschen zugerufen hätte: ‚Glaubt diesem Betrüger nicht; ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, daß die Früchte euch allen, der Boden aber niemandem gehört.‘“

Und Rousseau fährt fort, alle böartigen und niederträchtigen Gefühle und Einstellungen dem Eigentum und der daraus resultierenden Ungleichheit zuzuschreiben:

„Der alles verschlingende Ehrgeiz und die Begierde, seine Glücksumstände im Vergleich mit andern zu erwerben und sich über seinesgleichen hinwegzusetzen, flößte allen Menschen den schwarzen Trieb ein, einander schädlich und auf ihre vorzüglichen Güter insgeheim eifersüchtig zu sein, eine Leidenschaft, die desto gefährlicher ist, da sie oft die Maske der Gewogenheit annimmt, um ihre Streiche sicherer austeilern zu können... Diese Übel waren die ersten Früchte des Eigentums und das unzertrennliche Gefolge der entstehenden Ungleichheit.“

Diejenigen von euch, die den Segen oder den Fluch einer katholischen Schulbildung erfahren haben oder sonst wie mit christlicher Lehre vertraut sind, werden sofort eine enge Beziehung zwischen Rousseaus Konzeption des Privateigentums und der Lehre des Augustinus von der Erbsünde erkennen. Zu diesem Zeitpunkt ging das Paradies verloren, der Mensch verlor seine natürliche Unschuld und die Sünde und das Böse treten in die Welt des Menschen. Die Parallele ist tatsächlich ziemlich zutreffend, denn Rousseau selbst war kein Revolutionär. Er war nicht einmal ein Reformist. Er war ein historischer Pessimist. Er war ein Moralkritiker der Zivilisation. Er glaubte, dass der Mensch in der Gesellschaft inzwischen so korrumpiert und verdorben sei, dass keine Hoffnung auf allgemeine moralische Erneuerung bestehe.

Aber manchmal geschieht es, dass die Ideen großer, origineller und unorthodoxer Denker, insbesondere wenn sie die aktuelle Lage der Gesellschaft kritisieren, von nachfolgenden Generationen im Lichte ihrer eigenen ganz anderen Erfahrungen radikal neu interpretiert werden. Und genau das ist mit Rousseau während der Französischen Revolution passiert. Hier war eine Revolution, die innerhalb weniger Jahre nicht nur alle politischen und sozialen Institutionen radikal veränderte, sondern auch eine Änderung in der Massenpsychologie herbeiführte, die nur ein oder zwei Jahre vor der Revolution noch unvorstellbar gewesen wäre. So schlossen die linken Intellektuellen jener Zeit, dass Rousseau zu pessimistisch gewesen war. Die Menschen waren nicht so schlecht und verdorben; die moralische Erneuerung der Gesellschaft war tatsächlich möglich durch revolutionäres Handeln. Rousseaus Geschichtspessimismus wurde gewissermaßen auf den Kopf gestellt zu einem naiven Geschichtsoptimismus, wonach das Paradies, das mit dem Privateigentum verloren gegangen sei, unverzüglich wiedererlangt werden könne.

Die erste Arbeit, die eine ausgesprochen anarchistische Doktrin enthält, wurde 1793 geschrieben, dem Jahr des radikalen Höhepunktes der Französischen Revolution unter der Jakobinerherrschaft. Sie wurde von einem Engländer namens William Godwin geschrieben und sie hieß *Enquiry concerning Political Justice* [Untersuchung über politische Gerechtigkeit]. Godwin befürwortete in diesem Buch eine, wie er es nannte, „gut durchdachte Form der Gesellschaft ohne Regierung“. Godwin gehörte zu einem Kreis engli-

scher Radikaler, die sowohl nachhaltig von der Französischen Revolution beeinflusst worden waren als auch ihrerseits zu Verteidigern der Französischen Revolution wurden, zu Propagandisten dieser Ideale in der englischsprachigen Welt. Die bekanntesten Vertreter dieses Kreises waren Tom Paine und Mary Wollstonecraft, die Vorkämpferin für Frauenrechte. Mary Wollstonecraft heiratete interessanterweise William Godwin. Sie hatten eine Tochter, die ebenfalls Mary hieß und später einen anderen berühmten englischen Radikalen heiratete: den Dichter Percy Bysshe Shelley. Mary Wollstonecraft-Shelley wurde als Autorin des Romans *Frankenstein* auch selber berühmt.

Godwin ließ keinen Zweifel daran, dass seine Konzeption von Anarchismus einfach eine Verschiebung von dem, was bei Rousseau nur auf die ferne Vergangenheit, das goldene Zeitalter, zutraf, in die unmittelbare Zukunft sei. So schrieb er:

„Jedoch durch einen ganz kleinen Fehler entging ihm die entgegengesetzte Auffassung, die zu etablieren die Aufgabe dieser Untersuchung ist. Gegenstand seiner Lobpreisung war nur der Zeitraum, der Regierung und Gesetzen vorausging, aber nicht der Zeitraum, der möglicherweise auf deren Abschaffung folgen wird.“

Marxismus kontra Anarchismus

An dieser Stelle möchte ich einen Aspekt des Anarchismus herausarbeiten, der im Allgemeinen nicht wahrgenommen wird, auch nicht von Leuten, die sich Anarchisten nennen, weil der Anarchismus hier gegen den Marxismus in einem grundlegenden Punkt mit dem Liberalismus übereinstimmt. Anarchismus ist wirklich eine Doktrin der Klassenkollaboration. Im ersten Teil der Anarchismus-Reihe („Marxismus kontra Anarchismus: Die Ursprünge des Anarchismus“, *Spartakist* Nr. 124, September/Oktober 1996) zitierte ich den damaligen Trotzisten Felix Morrow, der erklärte, dass der Eintritt der spanischen Anarchisten in die kapitalistische Volksfrontregierung während des Spanischen Bürgerkrieges in den späten 30er-Jahren einerseits eine grobe Verletzung ihrer Prinzipien zu sein schien, und viele Anarchisten kritisierten sie deswegen heftig. Doch allgemeiner betrachtet entsprach dieser Eintritt ihren Prinzipien, denn sie hatten immer geglaubt, dass nach der Revolution auch die Kapitalisten sich einer moralischen Erneuerung unterziehen und für die Verbesserung der Menschheit arbeiten würden.

Bakunin hat heute einen posthumen Ruf als eine Art revolutionärer wilder Mann. Einmal losgelassen, wird er versuchen den Staat zu stürzen und für immer abzuschaffen. Aber dieser Ruf ist unverdient. In Wirklichkeit verbrachte Bakunin den größten Teil seiner Laufbahn in liberalen und liberal-nationalistischen Zirkeln. In den späten 60er-Jahren des 19. Jahrhunderts gab es zwei konkurrierende linke internationale Organisationen. Es gab natürlich die Internationale Arbeiterassoziation, die Erste Internationale, dominiert von Marx. Aber es gab auch eine rivalisierende, liberale Organisation namens Liga für Frieden und Freiheit, die von liberalen Politikern und Intellektuellen wie John Stuart Mill in England und dem Romanautor Victor Hugo in Frankreich geführt wurde. Zunächst trat Bakunin nicht der Arbeiterinternationale bei, sondern der bürgerlich-liberalen Internationale und erst, als er die bürgerlichen Liberalen nicht überzeugen konnte, sich dem Anarchismus anzuschließen, ging er zur Arbeiterinternationale über.

Aber mehr noch als Bakunin war Kropotkin ganz offen mit seinen Appellen an die Kapitalisten. Und hier ist der Unterschied zwischen Anarchismus und Syndikalismus tatsächlich von einiger Bedeutung. In den 90er-Jahren des 19. Jahrhunderts spaltete sich die anarchistische Bewegung

in zwei rivalisierende Tendenzen. Im Allgemeinen brandmarkten die Syndikalisten die Anarchisten als verworrene Idealisten und weltfremde Intellektuelle. Die amerikanischen Syndikalisten sagten: „Die Anarchisten leugnen den Klassenkampf und wir fechten ihn aus.“ Umgekehrt verurteilten die Anarchisten die Syndikalisten wegen „Ökonomismus“ – wie wir es später nennen würden –, dafür, dass sie die hehren Ziele der anarchistischen Revolution auf das Kleingeld des gewerkschaftlichen Kampfes um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen reduzierten. Sie kritisierten einige anarchosyndikalistische Führer, nicht zu Unrecht, als aufstrebende Gewerkschaftsbürokraten, wenn auch der Ausdruck damals noch nicht gebräuchlich war. Aber der wichtige Punkt ist, dass die Syndikalisten wie die Marxisten daran festhielten, dass das Bewusstsein gesellschaftlich bestimmt wird. Sie behaupteten, dass einzig und allein die Arbeiter durch ihre Rolle in der Gesellschaft und ihre Erfahrungen vom Programm des Anarchokommunismus angezogen würden und dazu tendierten, es zu akzeptieren; sie hätten ein Interesse an diesem Programm. Die Kapitalisten seien durch ihre Rolle in der Gesellschaft so selbstsüchtig und egoistisch geworden, dass sie dem Programm des Anarchokommunismus feindlich gegenüberstünden. Und natürlich mussten die klassischen Anarchisten, deren führende Persönlichkeit Kropotkin war, auf diese Herausforderung antworten. So schreibt dieser in *Gegenseitige Hilfe*:

„Menschen, die Reichtümer gesammelt haben, finden in ihnen sehr oft nicht die erwartete Befriedigung...

Das Bewusstsein der Solidarität der Menschen beginnt sich einzustellen; und obschon das Gesellschaftsleben so eingerichtet ist, daß dieses Gefühl durch tausend künstliche Mittel unterdrückt wird, bekommt es doch oft die Oberhand; und dann versuchen sie, diesem tiefgewurzelten menschlichen Verlangen Luft zu machen, und geben

Fortgesetzt auf Seite 20

Spartakist-Jugend

Berlin

18. Oktober

Augenzeugenbericht: IWF und Weltbank tagten in Prag – Zerschlagt imperialistische Ausbeutung durch internationale Arbeiterrevolution!

8. November

SPD/PDS: keine Gegner des Faschismus
SPD/Grüne betreiben rassistischen Staatsterror, Sozialraub und Krieg

Alle Veranstaltungen finden
Mittwoch, 18.30 Uhr, statt.
Treffpunkt ist das Foyer der
Humboldt-Universität.

Kontakt und Literatur:
(0 30) 4 43 94 00

Hamburg

20. Oktober

Alle Veranstaltungen finden
Freitag, 18 Uhr, statt.
Teestube im Pferdestall, Uni
Hamburg, Allende-Platz 1

Kontakt und Literatur:
(0 40) 32 36 44

Weitere Veranstaltungen der Spartakist-Jugend Berlin:

29. November

Für neue Oktoberrevolutionen weltweit!

13. Dezember

Trotzkis Kampf gegen den stalinistischen Verrat
an der bolschewistischen Revolution

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 19

ihr Vermögen oder ihre Kraft für eine Sache, die nach ihrer Meinung dem allgemeinen Wohle förderlich ist.“

Wie ich also zu Beginn dieser Rede sagte, sind die Jugendlichen, die an die Direktoren der Weltbank appellieren, die Schulden armer Dritter-Welt-Länder zu erlassen, völlig in Einklang mit den Lehren Kropotkins, ausgedrückt durch menschliche Solidarität.

Nun zu einem anderen Aspekt der Frage. In der Spartacist-Broschüre „Enlightenment Rationalism and the Origins of Marxism“ [Rationalismus der Aufklärung und die Ursprünge des Marxismus] bemerkte ich, dass Rousseau und Adam Smith gewissermaßen die beiden Pole des Denkens in der Aufklärung darstellen. Adam Smith vertrat die Ansicht, dass soziale und ökonomische Ungleichheit notwendige Unkosten des technologischen Fortschritts seien, der den allgemeinen Lebensstandard heben und den von ihm so bezeichneten *Wohlstand der Nationen* steigern würde. Rousseau teilte diese Ansicht, zog aber den entgegengesetzten Schluss daraus: Gleichheit und soziale Harmonie und Gemeinschaftswerte konnten nur bei einer statischen und relativ primitiven Wirtschaft existieren. In Einklang mit seiner gesamten Lehre behauptete er, dass der Mensch am glücklichsten sei, ja in Wirklichkeit nur glücklich sei auf der Urstufe seiner ökonomischen Existenz:

„Solange die Menschen es sich genügen ließen, in bäurischen Hütten zu wohnen, ihre Kleidungen aus verschiedenen Häuten mit Fischgräten oder Dornen zusammenzuheften, sich mit Federn und Muschelwerk zu putzen, Bogen und Pfeile auszubessern oder mit Zierrat zu versehen und mit schneidenden Steinen ... solange waren sie so frei, so gesund, so gütig und so glücklich, als es ihre eigene Natur erlaubte, und genossen ohne Unterlass einen freien unabhängigen Umgang.“

Nun, Marx behauptete, dass solche subjektiven Haltungen wie Ehrgeiz, Egoismus, Neid auf Menschen, die wohlhabender oder erfolgreicher sind, letztendlich das Produkt wirtschaftlichen Mangels seien. Rousseau stellte das auf den Kopf. Für Rousseau entstand ökonomischer Mangel aus der Tatsache, dass Menschen besser sein wollten als ihre Mitmenschen.

Ein herkömmliches Verständnis von Sozialismus und Kommunismus und von dem, was uns motiviert, besagt, dass wir dem Kapitalismus wegen seiner extremen wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit feindlich gegenüberstehen. Es gibt Leute, die hart arbeiten und mittellos sind, besonders, aber nicht nur, in Dritte-Welt-Ländern. Und dann gibt es Leute, die nichts tun, die absolut parasitär sind und im Schoße des Luxus leben. Nun, sicherlich ist es ein wichtiges Ziel des Kommunismus, das zu beseitigen. Doch das ist nicht das endgültige Ziel. Das letztendliche Ziel liegt in einem ganz anderen Bereich menschlicher Aktivität, außerhalb der Konsumsphäre, und es ist genau dieser Bereich, der ein viel höheres Niveau der Arbeitsproduktivität erfordert, als es selbst im höchstentwickelten Kapitalismus existiert. Mit anderen Worten: Wenn es unser Ziel wäre, einfach nur jedem in diesem Lande einen anständigen Lebensstandard zu sichern, sagen wir den Gegenwert von 80 000 oder 100 000 Dollar für eine vierköpfige Familie, könnten wir dies mit der existierenden amerikanischen Wirtschaft durch wenige Umstellungen schaffen. Das ist nicht, was wir letzten Endes vorhaben. Was wir letztendlich wollen, ist, alle Mitglieder der Gesellschaft, hier und überall auf der Welt, in die Lage zu versetzen, schöpferische Arbeit zu leisten, was Marx freie oder nicht entfremdete Arbeit nannte. Gleichheit in der Konsumtion ist nicht das, womit wir uns hauptsächlich beschäftigen.

Nun, gerade aus diesem Aspekt heraus unterscheidet sich der Marxismus, das Konzept des Kommunismus, grundlegend sowohl von den Frühsozialisten als auch von den Anarchisten. Für die Sozialisten vor Marx war Gleichheit das Endziel. Die erste revolutionäre kommunistische Organisation, die im letzten Stadium der Französischen Revolution entstand, nannte sich „Verschwörung der Gleichen“. Wenn ihr einen Anarchisten fragt, was sein Endziel sei, so wird er sagen: „Freiheit“. Als Kropotkin Ende des 19. Jahrhunderts in England eine Zeitschrift gründete, nannte er sie *Freiheit*. Auch wenn wir anerkennen, dass Gleichheit und Freiheit Werte an sich sind, so sind sie für uns doch letztendlich ein Mittel zum Zweck. Was bedeutet Gleichheit unter dem Kommunismus? Es bedeutet sicherlich nicht, dass die Menschen denselben Lebensstandard haben oder dieselben materiellen Ressourcen verbrauchen oder benutzen. Gleichheit bedeutet einfach gleichen Zugang. Es wird eine riesige Bandbreite von Lebensstilen geben, bei denen der Verbrauch ganz unterschiedlich ist.

Die Menschen werden die Freiheit haben, das zu tun, was sie wollen. Nicht nur wird es keinen Zwangsstaat geben, sondern die meiste Zeit wird, wie wir es heutzutage nennen, „Freizeit“ sein. Für Marx war die Frage: Wie werden die Menschen diese freie Zeit nutzen? Genauso wie heutzutage hauptsächlich mit Unterhaltung, Sport, Spiel, Geselligkeit, Rummeln, Nichtstun – ihr wisst schon, eben nicht arbeiten? Marx stellte sich vor, dass die meisten Menschen ihre freie Zeit mit „freier Arbeit“ verbringen würden, d. h. mit schöpferischer, künstlerischer, wissenschaftlicher oder ähnlicher Arbeit, die er folgendermaßen beschrieb:

„Wirklich freie Arbeiten, z. B. Komponieren ist grade zugleich verdammtester Ernst, intensivste Anstrengung. Die Arbeit der materiellen Produktion kann diesen Charakter nur erhalten, dadurch dass 1) ihr gesellschaftlicher Charakter gesetzt ist, 2) dass sie wissenschaftlichen Charakters, zugleich allgemeine Arbeit ist, nicht Anstrengung des Menschen als bestimmt dressierter Naturkraft, sondern als Subjekt, das in dem Produktionsprozess nicht in bloß natürlicher, natürlüchsigiger Form, sondern als alle Naturkräfte regelnde Tätigkeit erscheint.“

Nun, die Beherrschung aller Naturkräfte im Produktionsprozess ist mit dem Verbrauch ganz erheblicher materieller Ressourcen verbunden. Zuerst stellt sich die Frage, Kenntnisse über die Naturkräfte zu erwerben. Denkt an die riesigen Mittel, die man braucht, um den Doktor in Physik, Chemie oder Biologie zu machen – nicht nur für die wenigen Privilegierten, sondern für jeden, der es möchte. Auch viele Bereiche der wissenschaftlichen Forschung erfordern umfangreiche Aufwendungen an materiellen Mitteln – Weltraumforschung, Gentechnik, Robotertechnik, Paläontologie usw. usf. Der springende Punkt ist, dass in Marx' Konzeption von Kommunismus alle fortschrittlichen Errungenschaften der Zivilisation voll genutzt, allen Mitgliedern der Gesellschaft zugänglich gemacht und enorm erweitert werden. Das ist ein Konzept, das der rousseauschen Idee einer Art von primitiver wirtschaftlicher Harmonie oder von Gemeinschaftswerten völlig fremd ist.

Der Arbeiterstaat und die Anarcho-Kommune

Ich möchte einige Aspekte von Marx' Auseinandersetzung mit Bakunin oder der bakuninischen Doktrin erörtern, die unsere gegenwärtige Arbeit unter anarchoid-liberal-grün-radikalen Jugendlichen sehr stark betreffen. Wir sind an anarchistischen Jugendlichen nicht deshalb interessiert, weil sie Anarchisten sind. Wir interessieren uns für anarchistische Jugendliche nur deshalb, weil sie, wenn auch mit falschem Bewusstsein, an Kämpfen für die Unterdrückten

und Ausgebeuteten teilnehmen. Wir interessieren uns für die anarchistischen Jugendlichen, die bei der Mumia-Kampagne mitmachen, oder sogar für die, die sich an der „Anti-Globalisierungs“-Kampagne beteiligen. In einer Reihe westeuropäischer Länder sind die Anarchisten oder Anarchos so ziemlich die militantesten Verteidiger der Rechte von Immigranten gegen Angriffe der Faschisten und der Regierung. Nun, das sind wir auch.

So wollen vermutlich viele Anarchisten den gewaltigen Unterschied zwischen Dritter und Erster Welt wirklich überwinden. Das heißt, sie sind gegen die Verarmung eines Großteils der Menschheit und wollen sie überwinden, was mit dem Ziel der anarchistischen Doktrin völlig in Einklang steht. Das Problem ist, dass das dem anarchistischen Programm und seinen Mitteln widerspricht. Wenn ihr zum Beispiel Bakunins *Revolutionären Katechismus* lest, worin er sehr detailliert die Organisation der zukünftigen anarcho-kommunistischen Gesellschaft darlegt, so basiert diese auf extremer ökonomischer wie politischer Dezentralisierung. Ihr habt da diese kleinen lokalen Anarcho-Kommunen, die sich zusammenschließen, um regionale Anarcho-Kommunen zu bilden, die ökonomisch im Wesentlichen autark sind, auch wenn sie vielleicht miteinander Handel treiben. Aber das Problem ist: Eine Anarcho-Kommune in Upper Manhattan und eine in einem Bauerndorf in Indien werden völlig verschiedene Arten von Anarcho-Kommunen sein. Das ist nicht Gleichheit. Vielleicht Freiheit, aber nicht Gleichheit. Wie bekommt man Gleichheit? Nun, der eine Weg, der dorthin führt, ist das marxistische Programm, d.h. eine international geplante, vergesellschaftete Wirtschaft mit einer politischen Zentralregierung, zumindest während des Übergangs zu einer klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft.

Ich will euch ein konkretes Beispiel geben. Teile des Gebietes am Persischen Golf verfügen über zwei Drittel der weltweiten Ölreserven, und man kann das Öl in dieser Region zu einem bloßen Bruchteil der Kosten fördern, die man so ziemlich überall sonst hat. Aber nehmen wir an, wir hätten eine bakuninsche Welt mit diesen sich selbst verwaltenden Regionen in den ölreichen Gebieten des Persischen Golfes. Was kann die Einwohner dieser Regionen daran hindern, aus ihrem Ölmonopol einen Vorteil zu ziehen, genauso wie die saudische Monarchie und die Ölgesellschaften es heutzutage tun, und vom Rest der Welt Wucherpreise zu verlangen? Nun, natürlich beantworten die Bakunisten diese Frage nie, aber man kann sie aus deren Logik heraus beantworten. Sie würden sagen: „Nach der anarchistischen Revolution wird jeder eine moralische Erneuerung durchmachen. Sie werden ihre Interessen von selbst mit denen der übrigen Menschheit identifizieren und werden deshalb das Öl, das sie fördern, wegen der ungleich verteilten natürlichen Ressourcen dem Rest der Welt kostenlos zur Verfügung stellen.“

Im Grunde ist Anarchismus die rousseausche Version einer von Grund auf gutartigen menschlichen Natur, und die „Revolution“ kommt deshalb im Prinzip der Religion nahe. Und heutzutage gibt es in den linken Kreisen der USA eine Menge Religiosität. Die Revolution wird im Wesentlichen als eine Veränderung der persönlichen Auffassungen angesehen und als Veränderung der Institutionen nur insofern sie sich aus dieser Veränderung der persönlichen Auf-



Nowosti

Soldaten demonstrieren nach der Oktoberrevolution 1917 in Moskau unter dem Banner „Kommunismus“. Durch bolschewistische Revolution wurden die besten Anarchisten zum Kommunismus gewonnen

fassungen ergibt, bei der die Menschen ihren individuellen Egoismus aufgeben und sich mit den Interessen der Menschheit identifizieren.

Arbeiterstaat und Bürokratie

Der italienische Marxist Antonio Gramsci, einer der Gründer der Kommunistischen Partei Italiens, machte einen sehr wichtigen Punkt. Er sagte, dass militärische Strategie darauf basiert, die Schwachstellen des Feindes anzugreifen und seine Stärken zu meiden. Im politischen und polemischen Kampf macht man genau das Gegenteil. Man will die stärksten Argumente des Gegners, vorgebracht von seinen intelligentesten und klarsten Vertretern, angreifen und gegen sie polemisieren. Wenn man eine Polemik gegen jemanden schreibt, dann sucht man sich nicht irgendeine unhaltbare Formulierung heraus, von der jeder weiß, dass sie nicht wirklich so gemeint ist. Das wird niemanden überzeugen. Nun, die stärksten Argumente für den bakuninschen Anarchismus werden eigentlich im Nachhinein vom Phänomen des Stalinismus geliefert. Folgendes schrieb Bakunin gegen Marx über den Arbeiterstaat:

„So kommt man also, von welchem Standpunkt auch immer man dieses Problem betrachten mag, stets zu demselben traurigen Resultat: zur Beherrschung der großen Mehrheit der Volksmasse durch eine privilegierte Minderheit. Diese Minderheit aber, so sagen die Marxisten, wird aus Arbeitern bestehen. Mit Verlaub, aus *ehemaligen* Arbeitern, die aber, kaum sind sie zu Volksvertretern geworden oder an die Regierung gelangt, aufhören Arbeiter zu sein und vielmehr auf die ganze Welt der einfachen Arbeiter von der Höhe des Staats herabzusehen beginnen; und so werden sie bereits nicht mehr das Volk, sondern sich selbst repräsentieren und ihren Anspruch darauf, das Volk zu regieren. Wer das bezweifelt, der kennt die menschliche Natur nicht.“

Nun, würde nicht ein typischer amerikanischer Liberaler darin eine Vorhersage der stalinistischen Bürokratie durch Bakunin sehen, die in ihrem eigenen Interesse herrschte, während sie behauptete marxistisch zu sein und die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten? Und tatsächlich haben eine Reihe linksgerichteter Autoren, die im Allgemeinen den Anarchismus ablehnen und ihm feindlich gegenüberstehen,

Fortgesetzt auf Seite 22

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 21

behauptet, dass Bakunin in dieser Frage weitsichtiger, realistischer, weniger utopisch als Marx gewesen sei, da er sich über die Bürokratie einer nachrevolutionären Gesellschaft Gedanken gemacht hatte. Wie antwortet man auf dieses Argument?

Als Bakunin fragte: „Soll etwa das ganze Proletariat an der Spitze der Regierung stehen?“, antwortete Marx: „Bildet z. B. bei einer Trade-Union die ganze Union ihr

Frage der Kontrolle und Rechnungsführung mit der Frage des wissenschaftlich ausgebildeten Personals, der Ingenieure, Agronomen u. a.: Diese Herrschaften arbeiten heute und fügen sich den Kapitalisten, sie werden morgen noch besser arbeiten und sich den bewaffneten Arbeitern fügen.“

Wie kann man sich also diesen offensichtlichen Widerspruch erklären? Warum erkannten Marx und Lenin die Rolle der Bürokratie in den Arbeiterorganisationen unter dem Kapitalismus, nahmen aber implizit an, dass dies in einem Arbeiterstaat nach dem Sturz des Kapitalismus kein Problem sein würde?

Zunächst einmal erkannten Marx und Lenin, dass die Arbeiter, um überhaupt eine Arbeiterrevolution durchführen zu können, ein viel höheres Niveau des politischen Bewusstseins und eine andere Führung haben müssen. Das heißt, solange die britischen Arbeiter die offen prokapitalistischen Gewerkschaftsführer unterstützten und das britische Empire unterstützten, konnte es keine Arbeiterrevolution geben. Man kommt also nicht irgendwie von den existierenden Verhältnissen zu einem Arbeiterstaat ohne eine Änderung in der Führung und im Bewusstsein der Arbeiterklasse. Solange die amerikanische Arbeiterklasse mehr oder weniger die Politik des AFL-CIO-Führers John Sweeney unterstützt, wird es in diesem Lande keine proletarische Revolution geben. Das ist ein Teil der Antwort.

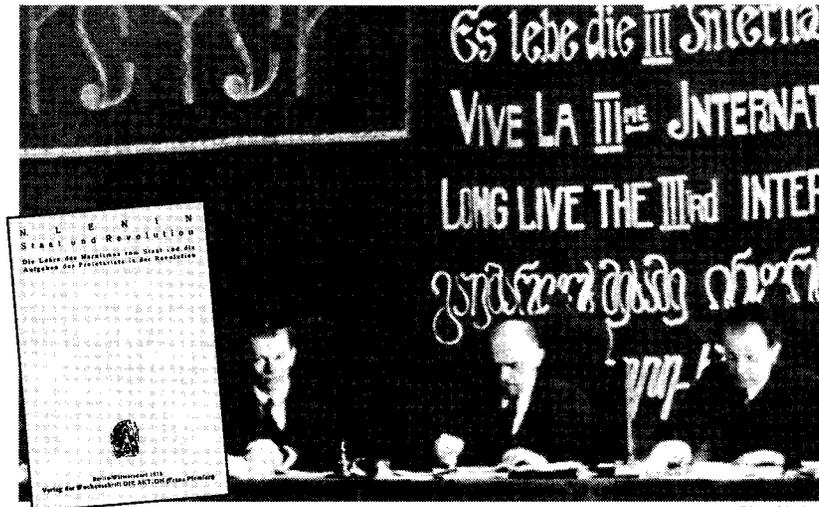
Der zweite, noch wesentlichere Teil ist, dass Marx und Lenin, als sie von einem Arbeiterstaat sprachen, nicht vom Sowjetrußland der frühen 20er-Jahre sprachen. Sie sprachen über einen Arbeiterstaat in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Land, einem fortgeschrittenen Industrieland. Außerdem sprachen sie von ihm in einem

internationalen Zusammenhang, wo die proletarische Revolution in den bedeutenden kapitalistischen Ländern gesiegt hatte. Offensichtlich kann es kein „Absterben“ des Staates selbst in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Land geben, wenn man sich in einem kalten oder möglicherweise heißen Krieg mit einem anderen ebenbürtigen oder mächtigeren kapitalistischen Staat wie den USA befindet. Wenn wir also in Japan die Macht erobern, glaubt mir, der Staat wird nicht absterben, solange die USA kapitalistisch sind.

Und so kommen wir wieder zurück auf die grundlegende Frage des ökonomischen Mangels. Warum gibt es eigentlich eine Arbeiterbürokratie? Ist es, wie Bakunin argumentieren würde, wegen eines natürlichen Verlangens der Menschen, andere Menschen herumzukommandieren und zu beherrschen? Nun, wenn das wahr ist, ist es sogar von seinem Standpunkt aus ein inkonsequentes Argument, denn wie kommt man dann zum Anarchismus? Nein. Letztendlich hat die Arbeiterbürokratie dieselbe Ursache wie Klassen im Allgemeinen. Sie entsteht unter Bedingungen des ökonomischen Mangels, wie Leo Trotzki in seinem klassischen Werk zum Stalinismus, *Die verratenen Revolution*, erklärte:

„Grundlage des bürokratischen Kommandos ist die Armut der Gesellschaft an Konsumgütern mit dem daraus entstehenden Kampf aller gegen alle. Wenn genug Waren im Laden sind, können die Käufer kommen, wann sie wollen. Wenn die Waren knapp sind, müssen die Käufer Schlange stehen. Wird die Schlange sehr lang, muss ein Polizist für Ordnung sorgen. Das ist der Ausgangspunkt für die Macht der Sowjetbürokratie. Sie ‚weiß‘, wem sie zu geben und wer zu warten hat.“

In den heutigen USA besteht die Arbeiterbürokratie aus von Anfang an ziemlich kleinbürgerlichen Karrieristen.



Dietz Verlag

März 1919: Lenin auf dem Gründungskongress der Kommunistischen Internationale. Im Gegensatz zu den nationalistischen Dogmen von Anarchismus und Stalinismus kämpfen Kommunisten für revolutionären Internationalismus. Lenins *Staat und Revolution* erklärt, dass Sozialismus nur im Rahmen einer internationalen Arbeiterrevolution aufgebaut werden kann

Exekutivkomitee?“ Aber in Wirklichkeit vertraten in den Gewerkschaften zur Zeit von Marx – und er war sich dessen vollkommen bewusst – die Führer nicht die Interessen der Mitgliedschaft. Die einzigen Massengewerkschaften zu der Zeit, als Marx dies sagte, waren die britischen Gewerkschaften. Die Führer waren politische Liberale. Sie waren offen prokapitalistisch. Außerdem hatte Marx erst ein paar Jahre vorher in der Ersten Internationale einen Fraktionskampf gegen sie geführt. (Ironischerweise taten sich die liberalen Führer der Gewerkschaften mit den Anarchisten gegen Marx zusammen. So befand sich Bakunin nicht in einer Position, von der aus er Marx in diesem Punkte hätte kritisieren können. Aber das ist Realpolitik und nicht eine Frage von Ideen.)

Wir haben den gleichen offensichtlichen Widerspruch bei Lenin. Zu Lenins Zeiten gab es sowohl Arbeitermassenparteien als auch Gewerkschaften, aber diese waren durch und durch bürokratisiert. Und 1916 schrieb Lenin *Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus* und ein zentraler Aspekt dieses Buches ist eine Analyse der prokapitalistischen Bürokratie der Arbeiterbewegung und ein Angriff auf sie. Aber als er im nächsten Jahr *Staat und Revolution* schrieb, ging er implizit davon aus, dass es in einem Arbeiterstaat nach dem Sturz des Kapitalismus keine Bürokratie geben würde. So schreibt er:

„Unter solchen *ökonomischen* Voraussetzungen ist es durchaus möglich, unverzüglich, von heute auf morgen, dazu überzugehen, die Kapitalisten und Beamten, nachdem sie gestürzt sind, bei der *Kontrolle* über Produktion und Verteilung, bei der *Registrierung* der Arbeit und der Produkte, durch bewaffnete Arbeiter, durch das gesamte bewaffnete Volk zu ersetzen. (Man verwechsle nicht die

Aber in den 30er- und 40er-Jahren in diesem Land, und heute in anderen Ländern, waren viele Arbeiterbürokraten Leute, die als militante junge Arbeiter angefangen hatten, als Mitglieder von linken Organisationen, die sich als Rote sahen. Aber sie stiegen in die Gewerkschaftsbürokratie auf und nach und nach verloren sie ihren Glauben an die Revolution und erwarben gewisse materielle und soziale Privilegien.

Ich würde vermuten, dass der Extremfall in dieser Hinsicht Südafrika ist, weil dort die Existenz einer Arbeiterbürokratie so neu und das Ergebnis einer so schnellen Veränderung der politischen Situation ist. Bedenkt, dass vor 15 Jahren alle Gewerkschaftsführer und Staatsbeamten der Kommunistischen Partei in Südafrika entweder im Gefängnis, im Untergrund oder im Exil waren. Und hätten diese Leute vor 15 Jahren in die Zukunft schauen und sehen können, was aus ihnen geworden ist, wären sie entsetzt gewesen. Doch der Unterschied zwischen dem Leben, das man als Gewerkschaftsbürokrat, und dem, das man als einfacher Arbeiter hat, ist insbesondere in Südafrika riesengroß.

Letztendlich hängt natürlich, wie Marx und Engels schrieben, das Absterben des Staates von einem schnellen Anstieg der Arbeitsproduktivität ab – auf ein Niveau über dem der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder.

Anarchismus und Stalinismus

In Wirklichkeit steht der Stalinismus als Doktrin dem Bakunismus eigentlich näher als dem Marxismus. Stalin behauptete, man könne den Sozialismus in einem Lande, nämlich Russland, aufbauen, aber wenigstens war er der Ansicht, dass man das Produktivitätsniveau heben kann. Bakunin dachte, es könne Anarcho-Kommunismus in einem Russland geben, das im Wesentlichen eine primitive Bauernbasis hatte. In beiden Fällen haben wir eine Trennung der sozialen Psychologie, wie man es nennen könnte, von der wirtschaftlichen Basis. Anders gesagt, hier wird der grundlegende Ausgangspunkt von Marx geleugnet: dass das Recht nicht höher sein kann als die ökonomische Struktur der Gesellschaft und das dadurch bedingte kulturelle Niveau. Und das ist die wirkliche Antwort. Letzten Endes ist die stalinistische Bürokratie ein Produkt der andauernden Vorherrschaft des Kapitalismus in der Welt, was die Hebung des allgemeinen Produktivitätsniveaus in deformierten Arbeiterstaaten wie China verhindert. In der Tat erkennen die intellektuell ehrlicheren Anarchisten die Ähnlichkeit zwischen gewissen Tendenzen im Stalinismus und im Bakunismus, so dass der anarchistische Intellektuelle Paul Avrich argumentiert, Maoismus und Guevarismus – die fest behaupten, dass Sozialismus im Wesentlichen eine Änderung in der Psychologie der Massen sei ohne Beziehung zum Produktionsniveau – würden dem Bakunismus eigentlich näher stehen als dem Marxismus, und er hatte Recht.

Wenn ihr etwas von der alten stalinistischen Propaganda über den „neuen Sowjetmenschen“ lest, so werdet ihr sehen, dass sie sich weitgehend im Einklang befindet mit der bakuninschen Idee einer moralischen Erneuerung. Der marxistische Gelehrte Isaac Deutscher z. B. charakterisierte den „sozialistischen Menschen“, den Stalin der Welt präsentierte, als jemanden, der zwölf Stunden täglich unter Bedingungen arbeitet, die sich kein amerikanischer Arbeiter bieten ließe.

In seinem *Revolutionären Katechismus* zeichnet Bakunin in vielerlei Hinsicht eine sehr attraktive Gesellschaft. Aber er behauptete, dass diese Gesellschaft in den rückständigsten, ländlichen Regionen Europas – Italien und Russland – existieren könne, ja dort sogar noch wahrscheinlicher als anderswo. Es ist kein Zufall, dass der Anarchismus als Doktrin und als Bewegung in rückständigen europäischen Län-



Reuters

Seattle 1999: Anti-WTO-Protest. Die utopische Idee, dass sich „das Volk“ dem Kapitalismus einfach „widersetzen“ kann, ignoriert die grundlegende Spaltung der Gesellschaft in Klassen und die revolutionäre Rolle, die das Proletariat gegen den Imperialismus spielen muss

dern wie Spanien und Italien Fuß fasste; das zaristische Russland, das nie eine anarchistische Massenbewegung besaß, brachte einige der einflussreichsten anarchistischen Denker hervor.

Bakunin war, vom ganzen Charakter seiner Doktrin her, ein Vertreter des Sozialismus in einem Land oder auch nur in einer Region eines Landes. Für Bakunin war, in Übereinstimmung mit der ganzen rousseauschen Tradition, die Hauptwirkung der Revolution nicht eine Reorganisation der Produktion auf einer höheren Stufe, sondern eine Veränderung im politischen Bewusstsein, so dass die Menschen ihre eigenen persönlichen Interessen mit denen der ganzen Menschheit identifizieren.

Marxisten hingegen weisen die falschen Argumente sowohl der Stalinisten als auch der Anarchisten zurück, wonach der klassenlose Kommunismus einfach das Produkt einer psychologischen Erneuerung sei. Wir kämpfen für den Sturz des kapitalistischen Systems, um die Produktion neu zu organisieren und sie auf ein so hohes Niveau zu heben, dass es keinen Mangel mehr geben wird. Erst dann können wir die materielle Grundlage für die Befreiung der Menschheit von Ausbeutung, Krieg und Armut schaffen.■

Spartakist-Paket

**Marxismus
vs.
Anarchismus**

Von 1848 bis zur
bolschewistischen Revolution

siebenteilige Serie, veröffentlicht in den
Spartakist-Jugend-Seiten des *Spartakist*

DM 5,-

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 555,
10127 Berlin

Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

SPD-Kampagne...

Fortsetzung von Seite 13

spektive haben, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, um diesen Staat zu stürzen.

Die PDS-nahe *junge Welt* äußert Kritik an der Kampagne der Regierung. So schrieb Rainer Balcerowiak: „... Kriegsmminister Rudolf Scharping will wieder einmal ‚Werte‘ verteidigen – eine nicht eben beruhigende Vorstellung“ (10. August). Aber in einem früheren Kommentar sagt er: „Die Debatte über ein NPD-Verbot ist zutiefst heuchlerisch und lenkt zudem vom eigentlichen Thema, der Bekämpfung rechter Ideologien, ab“ (3. August). Das heißt, sie stellen nicht die Frage nach der *materiellen* Wurzel des Faschismus, dem faulenden Kapitalismus, den sie als gegeben ansehen. Praktisch sieht das Bekämpfen „rechter Ideologien“ der PDS dann so aus: „Sozialarbeit“ unter Nazis, die diese Mörder organisiert und Debatten auf den Seiten des *Neuen Deutschland* mit Faschisten. Auch der RSB äußert sich: „Wer Basisinitiativen durchlaufen hat, ist für autoritäre Rezepte meist nicht mehr so schnell zugänglich“ („Gemeinsam gegen Rassismus und Faschismus!“, Flugblatt ohne Datum). All dies knüpft nahtlos an der Regierungskampagne an, die die „Erziehung“ in der DDR für steigende faschistische Aktivitäten verantwortlich macht, anstatt die Folgen der Konterrevolution.

Die Volksfront – „das größte Verbrechen“

Der Aufruf „Gemeinsam gegen rechts – Weg mit der NPD-Zentrale – Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen!“ für eine bundesweite Demonstration am 7. Oktober gegen die NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick ist unter anderem unterzeichnet von der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB), vom Roten Stachel Berlin (Jugendgruppe des RSB), PDS-Ortsgruppen, Gewerkschaftsvertretern, SAV und Linksruck. Dieser Aufruf hat explizit *nicht* das Programm, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, um diese Nazi-Mordzentrale zu zerschmettern.

Ganz im Gegenteil, er ist als Fortsetzung der Regierungskampagne „Gemeinsam gegen Rechts“ einer Klassenkampfperspektive entgegengesetzt. Im ersten Absatz wird prominent Bundestagspräsident Thierse zitiert, und der Aufruf schließt: „gegen die Einfalt (!) rechter Kultur“. Dies charakterisieren Marxisten als Volksfrontmobilisierung: Im Namen der Notwendigkeit von „Verbündeten“ – der RSB nennt dies „gemäßigte Kreise“ (*Avanti*, September 2000) – wird das Proletariat der Bourgeoisie untergeordnet. Aber Arbeiterklasse und Kapitalisten haben keine gemeinsamen Interessen, und zwar weder im Krieg noch bei der Frage des Rassismus und Faschismus. Trotzki erklärte, dass Volksfronten keine Taktik, sondern das größte Verbrechen an der Arbeiterklasse sind und schrieb: „Hingegen ein politisches Bündnis des Proletariats mit der Bourgeoisie, deren Interessen in der heutigen Epoche in den Grundfragen um 180° auseinander klaffen, ist in der Regel nur imstande, die revolutionäre Kraft des Proletariats zu paralisieren“ (*Spanische Lehren*).

Natürlich würde ein offener Aufruf: Tut euch mit Schröder, Fischer, Thierse und dem BDI zusammen, um die Nazis zu bekämpfen, nur schallendes Gelächter hervorrufen bei linken Jugendlichen und vor allem bei Immigranten, die tagtäglich mit dem Staatsterror Marke Rot/Grün konfrontiert sind. Also äußern die Pseudolinken ein paar „kritische“ Phrasen. Der RSB erklärt: „Für eine von Staat und Kapital unabhängige, kämpferische und antikapitalistische Bewegung gegen Rassismus und Faschismus!“ („Gegen Nazis – gegen rassistische Heuchelei“, Flugblatt des RSB SH + HH, ohne Datum). Und die SAV ruft auf: „Kein Vertrauen in Polizei und Justiz – Massenmobilisierung durch Gewerkschaften, Immigrantverbände, antifaschistische Organisationen und linke Parteien“ („Nazi-Gewalt stoppen“, Flug-

blatt ohne Datum). Aber was sie mit dieser „Bewegung“ bzw. „Massenmobilisierung“ meinen, ist eben die Volksfrontmobilisierung vom 7. Oktober.

„Faschismus ist ein Verbrechen“, sagt deren Aufruf. Richtig. Aber ohne jede Perspektive, den Kapitalismus, die Wurzel des Faschismus, zu zerschlagen, kann der Hinweis auf „Verbrechen“ nur bedeuten, den *Staat* aufzufordern, etwas gegen Nazis zu unternehmen. Folgerichtig fordert der gemeinsame Aufruf: „Kein Geld für akzeptierende Jugendarbeit mit Rechten! Finanzielle Förderung antirassistischer Projekte, Jugendzentren, Initiativen und Vereine und Unterstützung ihrer alltäglichen ‚Anti-Nazi-Arbeit‘!“ Die SAV setzt noch eins drauf: „Keine Vermietung öffentlicher Straßen, Räume und Plätze für Nazis“ (*Voran*, September 2000). Wer „vermietet“ öffentliche Einrichtungen, d. h. wer genehmigt Versammlungen und Demonstrationen? Der ... Staat! Das ist ein Appell: „Bürgerlicher Staat, greif ein“.

Die meisten pseudolinken Organisationen riefen bei den Bundestagswahlen 1998 zur Wahl des in Rosa Luxemburgs Worten „stinkenden Leichnams“ SPD auf – und/oder zur Wahl der PDS, die die Arbeiterklasse der DDR in die Konterrevolution führte. Beispielsweise freute sich die SAV, die auch selber kandidierte: „Ein Wiedereinzug der PDS in den Bundestag [würde] deutlich machen, dass linke Ideen Unterstützung finden und wäre ein Schlag gegen die Hetzpropaganda der Herrschenden“ (*Voran*, Juni/Juli 1998). Der RSB rief auf: „Für eine kritische Wahl der PDS!“ (*Avanti*, September 1998). Wir dagegen erklärten klipp und klar: *Keine Stimme für SPD, PDS! Denn diese Parteien sind rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer.*

Es gibt einen roten Faden bei all diesen pseudolinken Organisationen: Sie sind im Schlepptau der Sozialdemokratie. *Sie sehen keine Möglichkeit, die Arbeiterklasse von SPD und PDS zu brechen.* Mittels ihrer „kritischen“ Unterstützung der Sozialdemokratie ketten sie sich und ihre Anhänger an die eigene Bourgeoisie. Das hat sich klar bewahrheitet: Sie unterstützten die Konterrevolution in der DDR und der Sowjetunion. Während des Balkankriegs unterstützten sie ihren eigenen Imperialismus, indem sie ihr Feuer höchstens gegen die US-dominierte NATO richteten und in unterschiedlichem Maße die imperialistische Propaganda über das „arme kleine Kosovo“ verbreiteten (siehe zum Beispiel „Ihre Tarnung: ‚NATO raus!‘, ihre Botschaft: Krieg unter EU-Kontrolle“, *Spartakist* Nr. 136, Sommer 1999). Und heute spielen die Pseudotrotzkisten von RSB über Linksruck bis zur SAV die Rolle, linke Jugendliche, die wirklich die Nazis stoppen wollen, an die „Antifa“-Kampagne der Regierung zu ketten, deren Zweck es ist, den deutschen Imperialismus nach innen und außen zu stärken.

Unsere revolutionäre Perspektive ist dem diametral entgegengesetzt. Die dringend notwendige *unabhängige* Mobilisierung des Proletariats, um die Angriffe der Regierung zurückzuschlagen, alle Unterdrückten zu verteidigen und die Faschisten zu zerschlagen, erfordert die Schmiedung einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei, die darum kämpft, die Arbeiter von der Sozialdemokratie zu brechen. Die aus der Türkei, Kurdistan und anderen Ländern eingewanderten Arbeiter, die dieser zutiefst rassistischen bürgerlichen Gesellschaft zwangsweise entfremdet werden, werden dabei von strategischer Bedeutung sein. Diese Partei wird das Bewusstsein in die Arbeiterklasse tragen, dass das Proletariat an der Spitze aller Unterdrückten die Bourgeoisie enteignen und ihre Herrschaft, die Arbeiterrätediktatur, errichten muss – der einzige Weg, aus dem kapitalistischen Elend hin zu einer klassenlosen Gesellschaft, in der Armut, Krieg und Rassismus der Vergangenheit angehören. *Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei! Für ein Rotes Rätedeutschland, Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.■*

IKL-Erklärung...

Fortsetzung von Seite 32

In unserem Kampf ist die Aufrechterhaltung der proletarischen Eroberungen, die der Kapitalistenklasse bereits abgerungen wurden, ein Schlüssel. Darum kämpften wir Trotzlisten für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion und der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistischen Angriff und kapitalistische Restauration. Mit allen uns verfügbaren Kräften kämpften wir in der DDR 1989/90, um eine proletarisch-politische Revolution zu führen, die kollektivierte Eigentumsformen aufrechtzuerhalten und die stalinistischen Irreführer zu ersetzen durch die Herrschaft von Arbeiterräten. Dies hätte zum Leuchtfeuer für den Widerstand gegen kapitalistische Restauration in ganz Osteuropa und für sozialistische Arbeiterrevolution im Westen werden können. Die IKL kämpfte wiederum dafür, die sowjetischen Arbeiter aufzurütteln, um die Errungenschaften der Russischen Revolution von 1917 zu bewahren und auszuweiten, die durch Jahrzehnte stalinistischer bürokratischer Herrschaft schrecklich verraten wurden, aber bis 1991/92 noch nicht umgestürzt worden waren. Heute steht das Schicksal des chinesischen deformierten Arbeiterstaats, das Leben von Milliarden arbeitender Menschen in China, in ganz Asien und der ganzen Welt auf des Messers Schneide. Wir kämpfen für die bedingungslose militärische Verteidigung des Arbeiterstaats China gegen die erneuten imperialistischen militärischen Machenschaften und den ökonomischen Zangengriff. Die Errungenschaften der Chinesischen Revolution von 1949 sind bedroht durch die ökonomischen Markt„reformen“ der chinesischen Stalinisten, aber diese Angriffe haben auch bedeutende proletarische Revolten hervorgerufen. Eine trotzkistische Partei ist notwendig, um das Proletariat in einer proletarisch-politischen Revolution zum Sieg zu führen und die Errungenschaften der Chinesischen Revolution von 1949 zu bewahren und auszuweiten.

Die verheerenden und weltweiten Folgen der kapitalistischen Konterrevolution zerstören auch die antimarxistischen Theorien des „Staatskapitalismus“, die von der Internationalen Sozialistischen Tendenz des kürzlich verstorbenen Tony Cliff sowie von den Spinnern und dauernd anders argumentierenden „Theoretikern“ der Liga für eine Revolutionär Kommunistische Internationale (LRKI, auch bekannt als Workers Power, in Deutschland Gruppe Arbeitermacht) und anderen Renegaten des Marxismus vertreten werden (siehe „Der Bankrott der Theorien über eine ‚Neue Klasse‘“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 21, Frühjahr 2000). Laut den Cliff-Anhängern war der Triumph der Konterrevolution in der ehemaligen UdSSR lediglich „ein Schritt zur Seite“ von einer Form des Kapitalismus zu einer anderen. Ihr tollwütiger Antisowjetismus

drückte sich während des Kalten Krieges so aus: „Der Kommunismus ist zusammengebrochen... Diese Tatsache sollte für jeden Sozialisten Grund zum Jubel sein“ (*Socialist Worker*, 31. August 1991).

Heute ist das Proletariat weltweit zurückgeworfen worden, und die US-Imperialisten, denen die sowjetische Militärmacht nicht mehr im Weg steht, fallen jetzt rücksichtslos über den Planeten her, wobei sie manchmal die Vereinten Nationen als Feigenblatt benutzen und globale militärische



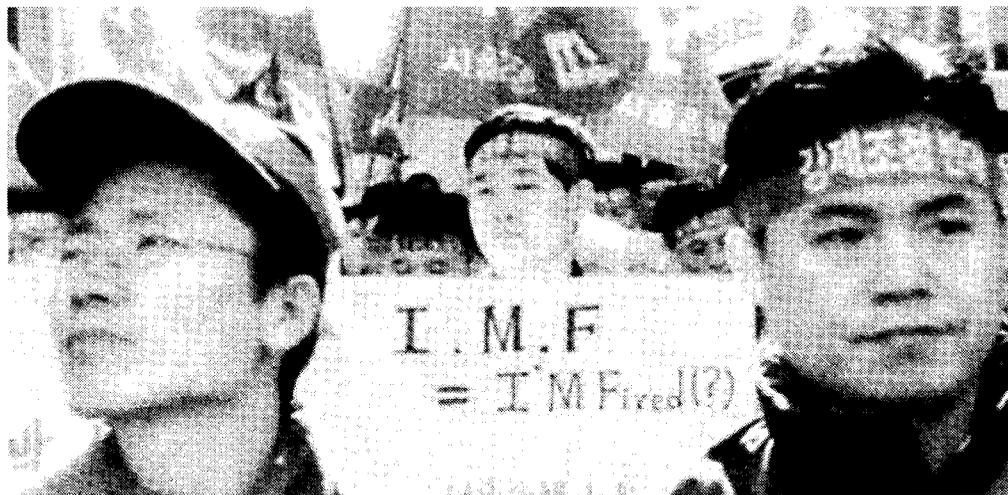
Der Spiegel

Roma-Kinder in der Slowakei. Kapitalistische Konterrevolution entfesselte pogromartigen Terror gegen unterdrückte Minderheiten und Immigranten

Interventionen in den Mantel der „Menschenrechte“ hüllen. Rivalisierende Imperialismen, besonders Deutschland und Japan, die nicht länger durch die antisowjetische Kalte-Kriegs-Einheit eingeschränkt sind, verfolgen rasant ihre eigenen Gelüste nach der Kontrolle des Weltmarkts und bauen dementsprechend ihre eigene Militärmacht aus. Diese sich widersprechenden nationalen Interessen führten letztes Jahr in Seattle zum Abbruch der WTO-Gespräche (der Welt Handelsorganisation). Diese interimperialistischen Rivalitäten zeigen die Umriss kommender Kriege – mit Atomwaffen, die das Leben auf diesem Planeten auslöschen würden.

Deshalb ist es jetzt dringender denn je unsere Aufgabe, die Macht den kapitalistischen Ausbeutern zu entreißen. Ohne revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Bewegung geben. Heute müssen die Grundsätze des

Fortgesetzt auf Seite 26



Reuters

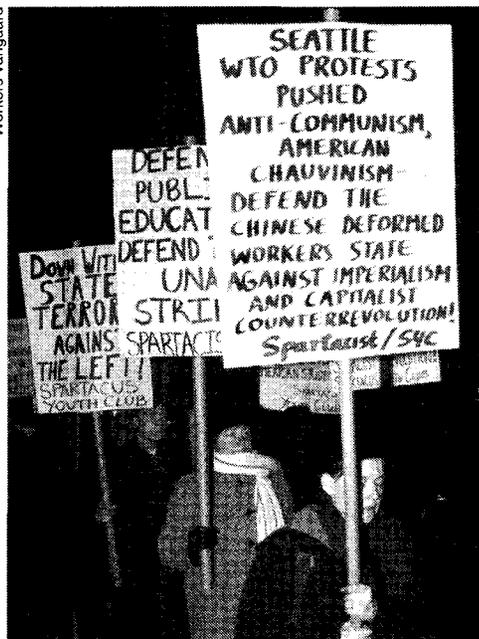
Südkoreanische Arbeiter protestieren gegen Austeritätsmaßnahmen, die vom IWF diktiert werden. Nur internationale Arbeiterrevolution kann imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung beenden



Giase/Seattle Post-Intelligencer

Anti-WTO-Proteste in Seattle im letzten Herbst waren politisch dominiert von der chauvinistischen und antikomunistischen Hetze der AFL-CIO-Bürokratie gegen China. Plakat links: „Das Volk zuerst, nicht China zuerst!“ Während Pseudolinken den „Geist von Seattle“ bejubelte, prangerten Spartakisten den Zirkus des pro-imperialistischen Protektionismus an

Workers Vanguard



IKL-Erklärung...

Fortsetzung von Seite 25

authentischen Marxismus begründet werden, um der irreführenden und vorherrschenden falschen Gleichsetzung des Zusammenbruchs des Stalinismus mit einem Versagen des Kommunismus entgegenzutreten. Die stalinistische Herrschaft war nicht Kommunismus, sondern seine groteske Perversion. Die stalinistische Bürokratie – eine parasitäre Kaste, die sich über den Arbeiterstaat erhoben hat, ganz ähnlich einer Arbeiterbürokratie, die über einer Gewerkschaft thront – entwickelte sich im sowjetischen Arbeiterstaat unter den Bedingungen ökonomischer Rückständigkeit und Isolierung, die aus dem Versagen resultierte, die Revolution auf nur irgendein fortgeschrittenes kapitalistisches Land auszuweiten. Die Stalinisten behaupteten, sie würden „Sozialismus in einem Land“ aufbauen, eine Unmöglichkeit, wie Leo Trotzki (und vor ihm Marx und Engels) erklärten, da Sozialismus notwendigerweise international aufgebaut werden muss. „Sozialismus in einem Land“ war eine Rechtfertigung für den weltweiten Ausverkauf von Revolutionen, um dadurch den Weltimperialismus zu besänftigen. Wie Trotzki auf brillante Weise in *Verratene Revolution* (1936) erklärte: „Wird der Beamte den Arbeiterstaat auffressen oder der Arbeiter den Beamten bezwingen?“ Dieser Widerspruch wurde auf bittere Weise negativ gelöst.

Marxismus versus Anarchismus und „Globalisierung“

Bei Leuten, die sich „Anarchisten“ nennen, findet man die ganze Skala – von rechten kleinbürgerlichen Schlägern, die die Arbeiterklasse hassen und Kommunisten angreifen, bis zu subjektiven Revolutionären, die sich mit dem Proletariat solidarisieren und wirklich den Sturz der Bourgeoisie anstreben. Im letzteren Fall kommt die Attraktion zum Anarchismus von einer gesunden Zurückweisung des parlamentarischen Reformismus der Sozialdemokraten, der Exstalinisten und der Pseudolinken, die die kapitalistische Ordnung unterstützen und aufrechterhalten. Tatsächlich wurde Lenin selbst wegen seiner Gegnerschaft zu den reformistischen Fälschern des Marxismus als Anarchist denunziert. Als der bolschewistische Führer im April 1917 in Russland ankam und zu einer Arbeiterrevolution aufrief, um die kapitalistische Provisorische Regierung zu stürzen, denunzierten die Menschewiki Lenin als „Kandidat für ... den Thron von Bakunin!“ (Suchanow, *The Russian Revolution*,

1917: *A Personal Record* [Die Russische Revolution, 1917: Eine persönliche Aufzeichnung], 1984). (Bakunin war der anarchistische Führer in der Ersten Internationale.) Wie Lenin es in *Staat und Revolution* ausdrückte: „Die Opponenten der heutigen Sozialdemokratie betrachteten die bürgerlichen politischen Formen des parlamentarischen demokratischen Staates als die unüberschreitbare Grenze, sie schlugen sich beim Anbeten dieses ‚Vorbilds‘ die Stirnen wund und erklärten jedes Bestreben, diese Formen zu brechen, als Anarchismus.“

Es ist nicht überraschend, dass es ein gewisses Wieder-aufleben von anarchistischen Ansichten gibt, was durch den allseitigen bürgerlichen Triumphalismus über den „Tod des Kommunismus“ genährt wird. Die Russische Revolution führte international zu einer neuen Definition der Linken, und ihre letztendliche Zerstörung hat auf umgekehrte Weise einen ähnlichen Effekt. Als der neue Arbeiterstaat tatsächlich ein Leuchtturm der Befreiung war und die internationalen revolutionären Erhebungen ihren Höhepunkt erreichten, die durch die Russische Revolution angespornt wurden, entwickelten sich die besten der anarchistischen und syndikalistischen Aktivisten (z. B. James P. Cannon, Victor Serge, Alfred Rosmer) zu hingebungsvollen und disziplinierten Kämpfern für den Kommunismus von Lenin und Trotzki. Vor seinem späteren Bruch mit dem Marxismus verschmähte der Anarchist Serge die Sozialdemokraten, die die Arbeiter auf die Schlachtbank des imperialistischen Ersten Weltkriegs führten, und er reiste nach Sowjetrußland, um den neuen Arbeiterstaat zu unterstützen. Im Verlauf der Kämpfe gegen konterrevolutionäre Revanchisten (die von einigen Anarchisten kriminellerweise unterstützt wurden) trat Serge der Bolschewistischen Partei bei und schrieb an seine französischen anarchistischen Freunde (*La Vie ouvrière*, 21. März 1922), um für den Kommunismus gegen Anarchismus einzutreten:

„Was ist die Kommunistische Partei in Zeiten der Revolution? Sie ist die revolutionäre Elite, machtvoll organisiert, diszipliniert, die einer beständigen Richtung folgt und einem einzigen, klar definierten Ziel entgegenmarschiert, entlang des Wegs, der für sie durch eine wissenschaftliche Doktrin herausgearbeitet wurde. Als eine solche Kraft ist die Partei das Produkt der Notwendigkeit, d. h. der Gesetze der Geschichte selbst. Diejenige revolutionäre Elite, die in Zeiten der Gewalt unorganisiert, undiszipliniert, ohne beständige Richtung und offen für verschiedene oder gegensätzliche Impulse

bleibt, rennt in den Selbstmord. Eine andere Ansicht als diese Schlussfolgerung ist nicht möglich.“ (The Serge-Trotsky Papers [Die Serge-Trotzki-Dokumente], Hrsg. Cotterill, 1994)

Die diffuse Popularität des „Anarchismus“ unter den Jugendlichen heute spiegelt den Rückschritt des politischen Bewusstseins in der neuen politischen Periode wider, die mit der gewaltigen Niederlage durch die kapitalistische Konterrevolution in der UdSSR und Osteuropa begonnen hat. Im Grunde ist der Anarchismus eine Form des radikal-demokratischen Idealismus, der an das angeblich angeborene Gute sogar der habgierigsten Imperialisten appelliert, sie sollten der Menschheit dienen. Der Bund der Gerechten (der sich in Bund der Kommunisten etwa zu der Zeit umbenannte, als Karl Marx ihm 1847 beitrug) hatte als seine Hauptlosung: „Alle Menschen sind Brüder“. Marx bemerkte, dass es einige Menschen gab, dessen Bruder er nicht war und dass er auch kein Bedürfnis hatte, deren Bruder zu sein, und er überzeugte seine Genossen, die Losung zu ändern in: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Historisch hat der Anarchismus bewiesen, dass er durch Klassenzusammenarbeit ein Hindernis für die Befreiung der Unterdrückten ist. Einige Anarchisten verbanden sich mit den konterrevolutionären Weißen Armeen und bejubelten den Kronstädter Aufstand gegen die Russische Revolution. Bis heute ist Kronstadt ein antikommunistischer Eckstein für Anarchisten. Im Spanischen Bürgerkrieg wurden Anarchisten zu Ministern in der Volksfrontregierung, die den bewaffneten Arbeiterkampf gegen den Kapitalismus entwaffnete und unterdrückte und damit den Weg für Francos jahrzehntelange Diktatur eröffnete.

Heute kann man die grundsätzlichen Differenzen zwischen dem revolutionären Marxismus und dem anarchistischen liberalen Idealismus auch bei den Protesten gegen „Globalisierung“ sehen. Die Behauptung, dass heute durch die großen kapitalistischen Konzerne das nationalstaatliche System überwunden wurde und jetzt die Welt durch Institutionen wie IWF und WTO regiert wird, ist von Grund auf falsch. „Globalisierung“ ist die heutige Version von „Ultra-imperialismus“, den der deutsche Sozialdemokrat Karl Kautsky erfand, um zu argumentieren, dass Kapitalisten in verschiedenen Ländern ihre Interessenkonflikte durch friedliche (sogar demokratische) Mittel lösen könnten. Wie wir in unserer Broschüre *Imperialism, the „global economy“, and Labor Reformism* hervorhoben: „Sogenannte multinationale oder transnationale Firmen operieren *nicht* über dem oder unabhängig vom nationalstaatlichen System. Vielmehr ist ihre Abhängigkeit von ihren bürgerlichen Nationalstaaten lebenswichtig, um ihre Auslandsinvestitionen gegen Opposition aus den lokalen Bevölkerungen und rivalisierende kapitalistische Staaten zu *schützen*. Folglich müssen die imperialistischen Staaten starke militärische Kräfte und entsprechende industrielle Basen zu Hause aufrecht-erhalten.“

Viele Organisationen, die die Prag-Mobilisierung unterstützen, rufen nach „demokratischer Kontrolle“ des IWF und der Weltbank, um die Bedingungen für die Völker im „globalen Süden“ (Asien, Afrika und Lateinamerika) zu



W. Deni und M. Tschremnych

Sowjetisches Poster nach der Russischen Revolution von 1917 zeigt Lenin, wie er Könige, Pfaffen und Kapitalisten wegfegt

verbessern. Die PDS argumentiert, dass die Arbeit des IWF und der Weltbank transparenter werden muss und dass die Vereinten Nationen wirklich international werden sollen. Wir haben diese Aufrufe an die direkten imperialistischen Herrscher und Unterdrücker, dass sie Aktionen im Interesse der Arbeiter und Unterdrückten durchführen sollten, „Menschenrechtsimperialismus“ genannt. Nicht nur absurd, sondern reaktionär sind diese Appelle an den Imperialismus, dass er irgendwie verantwortlich und human werden solle, weil damit tödliche Illusionen geschürt werden, dass die Diktatur der Bourgeoisie in ihrer „demokratischen“ Aufmachung irgendwie der Träger für sozialen Wandel im Interesse der Arbeiter und Unterdrückten sein könne. Diese Lüge kettet die Ausgebeuteten an ihre Ausbeuter und

Fortgesetzt auf Seite 28



Der Spiegel

„Menschenrechts“imperialismus in Somalia 1993: Demonstranten wurden von den UN-„Friedenstruppen“ in den Straßen niedergeschossen



Spartakist

IKL rief während des Balkankriegs zur militärischen Verteidigung Serbiens gegen US/NATO-Imperialismus auf

IKL-Erklärung...

Fortsetzung von Seite 27

stellt eine Sackgasse für soziale Kämpfe dar.

Die Behauptung, dass „globale“ Vereinte Nationen im Interesse der Menschheit handeln könnten, ist eine Lüge, die die grundsätzlichen ökonomischen Mechanismen des kapitalistischen Imperialismus verschleiert. Imperialismus ist nicht eine Politik, die auf „schlechten Ideen“ basiert, sondern ist der Schlüssel für die Funktionsweise eines Systems, das auf Privateigentum basiert, auf dem Auspressen von Profit und der Notwendigkeit für den Kapitalismus, neue Märkte zu erobern. Wie Lenin in Bezug auf den Vorgänger der UN, den Völkerbund, erklärte: „Es zeigte sich, daß es keinen Völkerbund gibt, daß der Bund der kapitalistischen Mächte nichts als Betrug ist und daß es sich in Wirklichkeit um einen Bund von Räubern handelt, von denen jeder darauf ausgeht, dem

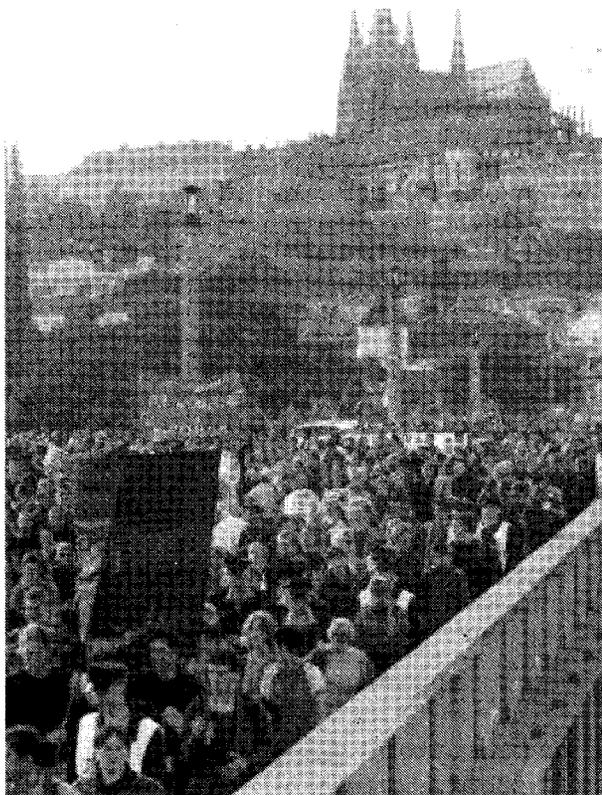
anderen etwas wegzuschneppen... Privateigentum ist Diebstahl, und ein Staat, der sich auf Privateigentum gründet, ist ein Staat von Räubern, die um die Teilung der Beute streiten“ („Rede auf der Konferenz der Vorsitzenden der Exekutivkomitees“, 15. Oktober 1920).

Die erste Intervention der UN (1950–53) war eine „Polizeiaktion“ gegen die deformierten Arbeiterstaaten Nordkorea und China, bei der an die vier Millionen Koreaner abgeschlachtet wurden. Ein Jahrzehnt später wurde die mörderische Militärintervention im ehemals belgischen Kongo unter UN-Schirmherrschaft geführt, bei der auch der linke Nationalist Patrice Lumumba ermordet wurde.

Am linken Rand des anarchistischen Spektrums erschien auf der anarchistischen „A-Infos Web Site“ ein Artikel, der unter den Unterstützern der Prag-Demonstration herausragt aufgrund seiner scharfen Opposition dagegen, den Klassenfeind anzubetteln, er solle moralisch handeln und „die Schulden der Dritten Welt streichen“. Sie rufen auf, IWF und Weltbank zu zerschlagen, und schlagen vor: „Direkte Forderungen werden nicht an die Besänftiger und Co. gerichtet, sondern an Arbeiterorganisationen und ihre reformistischen Führungen, die IWF-Weltbank zu verschrotten und die Milliarden-Dollar-Schulden zu streichen – JETZT!“ Aber die Welt wird nicht verwandelt durch Losungen auf einer großen Demo oder selbst bei einem großen Streik, und die reformistischen Führungen, an die sie sich richten, unterstützen den kapitalistischen Imperialismus. Wie kommen wir dann vom Kapitalismus zum Sozialismus? Das ist die Frage, auf die der Anarchismus keine Antwort hat.

Die marxistische Theorie und das Beispiel von Lenins Bolschewiki, die die Arbeiterklasse in der Russischen Revolution im Oktober 1917 zur Staatsmacht führten, ist die einzige revolutionäre Lösung. Die Arbeiter können nicht die kapitalistische Staatsmaschine übernehmen und im Interesse der Unterdrückten „reformieren“. Sie müssen um die Macht kämpfen, den kapitalistischen Staat zerschlagen und einen Arbeiterstaat errichten – eine Diktatur des Proletariats –, der den konterrevolutionären Widerstand der früheren kapitalistischen Herrscher niederwirft. Lenins Bolschewiki strichen die Schulden, die durch den Zaren und die russische Bourgeoisie angehäuft worden waren, indem sie die Macht ergriffen und sich weigerten, diese zu bezahlen. Dies war Teil der bolschewistischen revolutionär-internationalistischen Perspektive – im Gegensatz zu einer Beschwichtigung des Imperialismus kämpften sie dafür, den Russischen Oktober zur sozialistischen Weltrevolution auszuweiten. Sie verstanden, dass der Sozialismus nicht in einem Land aufgebaut werden konnte.

Entgegen den reaktionären Aspekten des Idealismus, die von traditionellen Anarchisten wie Proudhon gepredigt wurden und heute von kleinbürgerlichen „Grünen“ wiedergekaut



AP/Jerome Delay

Prag, 24. September. Zehntausende demonstrieren gegen IWF und Weltbanktreffen. Internationales Team von Spartakisten verkaufte IKL-Erklärung in mehreren Sprachen. Wir diskutierten mit Jugendlichen über die Notwendigkeit von proletarischer Revolution gegen anarchistische und sozialdemokratische Konzeptionen

werden – dass Arbeiter keinen Wohlstand anstreben, sondern in spartanischen Kommunen leben sollten –, kämpfen wir Marxisten für die Eliminierung des Mangels, für eine Gesellschaft, in der die Arbeiter die Früchte ihrer Arbeit genießen, die heute von den Kapitalisten enteignet werden. Den Arbeitern zu sagen, sie sollten „den Gürtel enger schnallen“, ist tatsächlich das Programm des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die die Massen der „Dritten Welt“ durch die von ihnen erzwungene „Austeritäts“politik aushungern. Im Namen des „Umweltschutzes“ sind die grünen Parteien, die jetzt in Deutschland und Frankreich in Regierungskoalitionen sind, sogar noch aggressiver als die Sozialdemokraten dabei, die kapitalistische „Austerität“ durchzusetzen. Angesichts der kürzlichen Massenproteste gegen Benzinpreiswucher stellten sich die französischen Grünen gegen die Zugeständnisse des sozialistischen Premierministers, der die Benzinsteuer um 15 Prozent senken wollte.

Im Gegensatz zu den anarchistischen/grünen Bestrebungen, die technologische Entwicklung zurückzuhalten und das Niveau der Konsumption zu drücken, sind wir Marxisten auf der Seite von Big Bill Haywood, einem Führer der IWW (Industrial Workers of the World, auch bekannt als „Wobblies“). Als er von einem Genossen für das Rauchen einer guten Zigarre gerügt wurde, antwortete er: „Nichts ist zu gut für das Proletariat!“ Marxisten erkennen an, dass die Geschichte des menschlichen Fortschritts ein Kampf war, die Kräfte der Natur zu meistern. Die Entwicklung von Landwirtschaft und die Domestizierung von Tieren war ein erfolgreicher Einschnitt in die „natürliche Ökologie“ des Planeten, die einen gesellschaftlichen Überschuss erzeugte und einen Weg vorwärts wies, weg vom kurzen und brutalen Kampf um das tägliche Überleben in den Anfängen der menschlichen Gesellschaft. Damit die verarmten Massen der „Dritten Welt“ all die Dinge erreichen können, die westliche kleinbürgerliche Linke für selbstverständlich erachten – Elektrizität, Schulen, sauberes Leitungswasser, Medizin, öffentlicher Verkehr, Computer –, ist ein großer Sprung der industriellen und technischen Kapazität notwendig. Dieser Sprung erfordert eine siegreiche internationale Revolution, geführt von einer bewussten revolutionären Avantgarde, um der Arbeiterklasse ihre Mission bewusst zu machen und sie vom Griff der reformistischen und pseudorevolutionären Lakaien des Kapitalismus zu brechen.

Es ist genau der loyale Dienst der bürgerlich-nationalistischen „Grünen“, den sie für die herrschende Klasse leisten, der sie dazu führt, die größten ökologischen Katastrophen auf dem Planeten zu ignorieren. So unterstützte Joschka Fischer, der „grüne“ Außenminister des Vierten Reichs, lautstark die Bombardierung Serbiens. Der Balkan ist jetzt durchsetzt mit Geschossen aus abgereichertem Uran; das vergiftete Wasser und die Zerstörung der modernen industriellen und sozialen Infrastruktur bedeuten, dass die wahre Anzahl der Todesopfer aus dem Balkankrieg noch über Jahre hinweg gezählt werden wird. Mit „Grünen“ wie diesen, wer braucht da noch Dr. Seltsam, IG Farben und Dow Chemical Company?

Genauso hat der Golfkrieg gegen den Irak 1991 eine der fortgeschrittensten Gesellschaften in der Region zerstört. Vor zehn Jahren war die Kindersterblichkeit im Irak unter den niedrigsten der Welt und heute ist sie die höchste; eine Bevölkerung, deren überwiegende Mehrheit lesen und schreiben konnte und medizinische Versorgung erhielt, wird jetzt durch die fortgesetzten UN-Sanktionen buchstäblich zu Tode gehungert. Sogenannte „Linke“, die gegen den vernichtenden Luftkrieg gegen den Irak waren, setzten stattdessen auf UN-Sanktionen als „humanitäre“ Alternative. Die IKL stellte sich gegen die Sanktionen, die *ein Kriegaakt* sind, der mehr Menschen getötet hat als die Bomben. Die Unterstützung der Pseudolinken für die blutigen Verbrechen des „Menschenrechtsimperialismus“ ist die einzige Erklärung für die dröhnende Stille über diese Fragen in jeder offiziellen Propaganda für „Anti-Globalisierungsproteste“ in Seattle, Washington und Prag. Die französische LCR rief offen auf zu imperialistischer Militärintervention im Kosovo unter OSZE- oder UN-Kontrolle (*Rouge*, 1. April 1999). Die LRKI machte eine offene Kampagne für die Niederlage der serbischen Kräfte durch die UCK-Werkzeuge der NATO-Imperialisten, teilte in London eine gemeinsame Plattform mit Enthusiasten für eine NATO-Bombardierung und bejubelte den Rückzug serbischer Truppen, wobei sie idiotischerweise nach dem Sieg der NATO im Kosovo verkündete: Es „reift in Serbien eine vor-revolutionäre Situation heran“ („Der Kampf um den Sturz Milošević“, LRKI-Erklärung vom 11. August 1999).

Im Gegensatz dazu kämpfte die IKL überall für die militärische Verteidigung Serbiens gegen US/UN/NATO-Imperialisten, ohne ein Milligramm politische Unterstützung für den serbischen Chauvinisten Milošević zu geben, genauso wie wir früher im Golfkrieg dafür kämpften, das Proletariat für die Niederlage des Imperialismus zu mobilisieren, und direkt für die Verteidigung des Irak eintraten (siehe die IKL-Erklärung über den Balkankrieg vom April 1999, abgedruckt in *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 21, Frühjahr 2000). Revolutionäre Internationalisten kämpfen für die Niederlage ihrer „eigenen“ Bourgeoisie und für die Verteidigung der Opfer des imperialistischen Krieges. Die sozialchauvinistische Orgie der vorgeblichen Linken ist eine direkte Widerspiegelung ihrer Unterstützung für die europäischen Regierungen, die den Balkankrieg durchführten. Zwei Jahre vorher machte die britische SWP eine Kampagne für Tony Blair und „jauchzte himmelhoch“ über den

Fortgesetzt auf Seite 30

SPARTACIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 19, Winter 1997/98
(DM 3,-)

Nr. 21, Frühjahr 2000
(DM 4,-)
Im Abo des *Spartakist*
enthalten

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 119 88-601, Postbank
Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

SPARTACIST

NUMMER 21 DEUTSCHE AUSGABE FRÜHJAHR 2000 DM 4,- (US \$ 20)

SPARTACIST

NUMMER 19 DEUTSCHE AUSGABE WINTER 1997/98 DM 3,- (US \$ 10)

Für eine leninistisch-trotzkistische Partei!

**China am Scheideweg:
Proletarisch-politische Revolution
oder kapitalistische Versklavung?**

SEITE 2

**Permanente Revolution kontra
„antimperialistische Einheitsfront“
Die Ursprünge des
chinesischen Trotzkismus**

SEITE 23

**Originaldokumente aus sowjetischen Archiven veröffentlicht:
Trotzkis Kampf gegen den stalinistischen
Verrat an der bolschewistischen Revolution**

SEITE 40

**Revolutionäre Umgruppierung oder
zentristische Alchemie?**

SEITE 64

SPARTACIST

NUMMER 21 DEUTSCHE AUSGABE FRÜHJAHR 2000 DM 4,- (US \$ 20)

Die Russische Revolution und der Zusammenbruch des Stalinismus

**Der Bankrott der Theorien
über eine „Neue Klasse“**

Tony Cliff und Max Shachtman:
proimperialistische Komplizen der Konterrevolution

SEITE 6

**Der stalinistische Thermidor, die Linke Opposition
und die Rote Armee**

Über Trotzki's Konzept einer „Reise-Fraktion“ in der
sowjetischen Bürokratie

SEITE 28

**Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Kosovos!
Alle US/UN/NATO-Truppen raus
aus dem Balkan, jetzt!**

Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga vom April 1999
Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution –
verteidigt Serbien!

SEITE 49

**Women and Revolution und die Perspektiven der IKL:
Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!**

SEITE 64

**Schmiedet eine trotzkistische Partei! Für Arbeiterrevolution!
Die Lehren von Indonesien 1965**

SEITE 31

IKL-Erklärung...

Fortsetzung von Seite 29

Wahlsieg von Tony Blair, dem größten NATO-Kriegstreiber in Europa. Während die britische SWP während des Balkankriegs gegenüber dem feigen Klüngel, der „armes kleines Kosovo“ schrie, links aussah, verriet sie sich mit ihrer vollen Unterstützung für Tony Benn von „New“ Labour, dessen Opposition gegen den Krieg getränkt war vom chauvinistischen Antiamerikanismus der Marke „Little England“. Zu sagen, dass der Krieg lieber direkt von den europäischen imperialistischen Schweinen geführt werden sollte anstatt von den Amerikanern, ist wohl kaum eine Antikriegsbewegung!

Am rechten Rand des nationalistischen Spektrums sind die Faschisten. Letztes Jahr marschierten deutsche Nazis gegen den Balkankrieg mit Losungen wie: „Kein deutsches Blut für fremde Interessen!“ Der nationalistische Antiamerikanismus, den die europäische „Anti-Globalisierungsbewegung“ tief in sich aufsaugt, überlappt sich mit offenem Faschismus. Tschechische faschistische Organisationen wollen am 23. September in Prag eine Provokation für ihr völkermörderisches Programm inszenieren.

Im Schmelztiegel des ersten großen Krieges in Europa nach 50 Jahren erwiesen sich die Pseudotrotzkisten als faule Produkte des „Tod des Kommunismus“. Heute drängeln sie sich darum, die Kontrolle über die „Anti-Globalisierungsbewegung“ an sich zu reißen. Nur ein Narr könnte denselben Gruppen vertrauen, die den gegenwärtigen kapitalistischen Regierungen in Europa zur Macht verhalfen, dass sie jetzt im Interesse der Unterdrückten gegen diese Regierungen, deren Banken und Institutionen kämpfen könnten. Weit entfernt davon, eine marxistische Alternative zum Anarchismus zu sein, sind die Pseudotrotzkisten aktive Gegner des revolutionären Marxismus, der im Programm und in den Praktiken der IKL verkörpert ist.

Die materielle Basis für Opportunismus und nationalen Chauvinismus

Bürgerliche Ideologie – z.B. Nationalismus, Patriotismus, Rassismus und Religion – dringt in die Arbeiterklasse ein, zentral über die Agentur der „Arbeiterleutnants der Kapitalistenklasse“ – die parasitären Gewerkschaftsbürokratien, die sich auf die privilegierten Oberschichten der Arbeiterklasse stützen. Wenn diese Reformisten nicht durch revolutionäre Führungen ersetzt werden, werden sie die Arbeiterklasse hindern, sich gegen die kapitalistischen Angriffe zu verteidigen, und zulassen, dass die Arbeiterorganisationen zerstört oder ohnmächtig gemacht werden, indem sie die Gewerkschaften zunehmend an den kapitalistischen Staat anbinden. In seiner Arbeit von 1916, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, erklärt Lenin:

„Dadurch, daß die Kapitalisten eines Industriezweiges unter vielen anderen oder eines Landes unter vielen anderen usw. hohe Monopolprofite herauschlagen, bekommen sie ökonomisch die Möglichkeit, einzelne Schichten der Arbeiter, vorübergehend sogar eine ziemlich bedeutende Minderheit der Arbeiter zu bestechen und sie auf die Seite der Bourgeoisie des betreffenden Industriezweiges oder der betreffenden Nation gegen alle übrigen hinüberzuziehen. Diese Tendenz wird durch den verschärften Antagonismus zwischen den imperialistischen Nationen wegen der Aufteilung der Welt noch verstärkt. So entsteht der Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus... Am gefährlichsten sind in dieser Hinsicht Leute [wie der Menschewik Martow], die nicht verstehen wollen, daß der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus.“

Der nationale Chauvinismus und die feige Kapitulation

der Organisatoren der Bewegung gegen „Globalisierung“ sind ganz offensichtlich. So vereinigten sich Gewerkschaftsorganisatoren des Seattle-Protests gegen die WTO mit extrem rechten antikommunistischen Kräften, die „Sklavenarbeit“ in den deformierten Arbeiterstaaten China und Vietnam anprangerten. Chinesischer Stahl wurde in den Hafen gekippt und auf Plakaten stand: „Das Volk zuerst, nicht China zuerst“. Amerikanische Gewerkschaftsspitzen führten eine Kampagne, um mexikanischen Lastwagenfahrern die Arbeit in den USA zu verbieten – das veranschaulicht, warum Trotzki die amerikanische Arbeiterbürokratie als das ideale Werkzeug von Wall Street für die imperialistische Dominierung Lateinamerikas beschrieben hat. Nicht umsonst ist die AFL-CIO in ganz Lateinamerika als „AFL-CIA“ bekannt. Unglaublicherweise halten die italienische Rifondazione Comunista und die pseudotrotzkistische *Proposta*-Gruppe die „Führung“ der AFL-CIA als Modell hoch, dem die europäischen Arbeiter nacheifern sollen (siehe *Proposta* Nr. 27, Januar 2000)!

Vor Prag strengte sich die britische SWP mächtig an, um für eine Labour-treue Gewerkschaftsdemonstration zu werben in Verteidigung von britischen Jobs im Rover-Autowerk. Diese Demonstration war ein Meer von Union Jacks (britische Staatsflagge) und bösartigem antideutschen Chauvinismus, der britische Arbeiter gegen deutsche ausspielte und der erstere an die britische herrschende Klasse bindet. Losungen wie: „Großbritannien hat zwei Weltkriege gewonnen, lasst uns auch den dritten gewinnen“, geben einen Eindruck von diesem Gift. Nach Rover vergrub sich die SWP in einer Kampagne, Ken Livingstone zum Bürgermeister von London zu machen, einen Labour-Politiker, der ein lautstarker Befürworter des imperialistischen Terrors gegen Serbien und der ungehemmten Polizeigewalt zu Hause war. Als anarchistische Demonstranten am 1. Mai kühn die Symbole des britischen Imperialismus verunstalteten, blieb die SWP weg (außer ein paar Alibiverkäufern), um ihren Kandidaten für den Bürgermeisterposten in London, den „Roten“ Ken Livingstone, nicht in Verlegenheit zu bringen. Livingstone unterstützte die Polizeirepression gegen die Demonstranten vom 1. Mai, von denen zahlreiche immer noch im Knast schmachten oder eine Anklage zu erwarten haben.

In Frankreich führt Jose Bové Massenproteste an gegen McDonalds und das Eindringen von amerikanischem Fast Food in den französischen Gaumen. Wir haben Interesse daran, die schrecklich unterbezahlten Arbeitskräfte in diesen Fast-Food-Ketten zu organisieren, unabhängig von nationalem Besitz oder „Cuisine“. Außerdem, wenn wir die dummen Maßstäbe von Bové ansetzen und kulturelle oder kulinarische Vorlieben zu einem Synonym mit „Imperialismus“ machen, dann sollten wir uns lieber um die Italiener sorgen, weil die Leute Pizza lieben und diese jetzt überall von den Aleuten bis zum Amazonas vermarktet wird. Oder war es „Imperialismus“, als ein gewisses deutsches Gerät, genauer gesagt die Druckerpresse, die Welt eroberte und Massensliteratur möglich machte?!

Auf ernstere Weise werden das Klassenbewusstsein und die Solidarität unter den Arbeitern durch den nationalen Chauvinismus und Opportunismus der Gewerkschaftsspitzen und der vorgeblichen Linken vergiftet, die religiöse, nationale und ethnische Trennungen schüren. In den letzten Jahren hat dies mit der rasenden Kampagne gegen Immigranten einen Siedepunkt erreicht. Das bedroht die Einheit und den Zusammenhalt des Proletariats als Klasse, um sich gegen Attacken der Kapitalisten und ihrem Staat zur Wehr setzen zu können. Wie die IKL-Grundsatzerklärung (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998) bemerkt:

„Indem der moderne Kapitalismus, d. h. Imperialismus, in alle Gebiete des Planeten eindringt, bringt er im Laufe des Klassenkampfes und je nach ökonomischer Notwen-

digkeit in die unterste Schicht des Proletariats neue Reserven billiger Arbeitskräfte, in erster Linie Immigranten aus ärmeren und weniger entwickelten Regionen der Welt: Arbeiter mit wenigen Rechten, bei denen man darauf setzt, daß sie leichter abzustoßen sind in Zeiten ökonomischen Rückgangs. So schafft der Kapitalismus laufend unterschiedliche Schichten unter den Arbeitern und verschmelzt dabei gleichzeitig die Arbeiter aus vielen verschiedenen Ländern.“

Im Schengener Abkommen haben die europäischen Mächte ihre Grenzen gegenüber den Immigranten geschlossen, von denen viele vor der konterrevolutionären Zerstörung in Osteuropa geflohen sind. Die rassistische Politik der heute herrschenden Sozialdemokraten gegen Immigranten ahmt die Nazidemagogie „Das Boot ist voll“ nach und facht tatsächlich faschistischen Terror an. Währenddessen lullen die sozialdemokratischen Volksfrontregierungen in ganz Europa (Regierungskoalitionen, die aus reformistischen Arbeiterparteien und bürgerlichen Parteien bestehen) die Arbeiter gefährlich in parlamentarische Illusionen, dass die Sozialdemokraten, deren eigene Politik den Faschisten den Weg ebnet, die Faschisten „verbieten“ würden. Historisch dienen solche „Verbote“ nur der Beschönigung des Ansehens derselben Bourgeoisie, die auf Faschismus zurückgreift, wenn ihre Herrschaft in Gefahr ist. Historisch sind solche Verbote gegen „Extremisten“ gegen die Linke eingesetzt worden, nicht gegen Rechte. In Deutschland wurde 1952, in der unmittelbaren Nachkriegsperiode, eine kleine Neonazi-Partei verboten, um damit die „demokratische“ Glaubwürdigkeit der Erben des Dritten Reichs kosmetisch aufzupolieren, die unter amerikanischer imperialistischer Schirmherrschaft das kapitalistische Deutschland wiederaufbauten. Dahinter stand in Wirklichkeit die Absicht, das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands 1956 verfassungsrechtlich zu „begründen“. Wir fordern: Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Kein Vertrauen in den bürgerlichen Staat! Für Arbeiter/Minderheitenmobilisierungen, um die Faschisten zu stoppen!

Die Partei ist das Instrument für sozialistische Revolution

Die leninistische Partei ist das Instrument, um das revolutionäre Bewusstsein in das Proletariat hineinzutragen, um Arbeiterkämpfe zu organisieren und sie erfolgreich in einer sozialistischen Revolution zu vereinigen. Eine revolutionäre Partei muss jeden Fall von sozialer Ungerechtigkeit und jeden Ausdruck von Unterdrückung bekämpfen. Es ist ein zentraler Bestandteil unserer Aufgabe, jede Unterdrückung der Frau und „die ganze alte Scheiße“ zu bekämpfen, die mit religiösem Obskurantismus, Angriffen auf Abtreibungsrechte und Bigotterie gegen Homosexuelle wieder aufgenommen ist. Um für eine neue sozialistische Gesellschaft zu kämpfen, ist es notwendig, die Kühnheit der Jugend mit der sozialen Kraft der Arbeiter zu verschweißen.

Unser Ziel ist eine revolutionäre Führung, deren Kader im Klassenkampf getestet und ausgebildet werden müssen. Für die gegenwärtig kleinen Kräfte, die zu dem Programm von Lenin und Trotzki stehen, besteht der Weg vorwärts in der Schmiedung von Parteien mit der Erfahrung, dem revolutionären Willen und der Autorität unter den Massen, die erfolgreiche proletarische Revolutionen führen können.

Prag,
23. September:
Faschisten
demonstrieren
gegen G-8-Finanz-
ministertreffen.
Nationalistischer
Antiamerika-
nismus der
europäischen
Anti-„Globalisie-
rungs“bewegung
überlappt sich
mit offenem
Faschismus

Reuters/Michael Dalder



Nichts Geringeres als die Wiederschmiedung der trotzkistischen Vierten Internationale wird der Aufgabe gerecht, die Arbeiter und Unterdrückten zum Sieg des Weltsozialismus zu führen. Wir haben keine Illusionen, dass dieser Weg leicht sein wird, und wir sind uns im Klaren darüber, dass die Technologie für einen atomaren Holocaust in den Händen einer irrationalen und völkermörderischen herrschenden Klasse die Möglichkeiten verkürzt: Es gibt nicht viel Zeit.

Unsere Anleitung ist das Programm und die Praxis des authentischen Kommunismus. Wie Trotzki in „Der Totenkampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale“ (1938) schrieb:

„Der Realität ehrlich die Stirn bieten; nicht den Weg des geringsten Widerstands suchen; alle Dinge beim richtigen Namen nennen; den Massen die Wahrheit sagen, wie bitter sie auch sein mag; Hindernisse nicht fürchten; in kleinen wie auch in großen Dingen sich an die Wahrheit halten; sein Programm auf der Logik des Klassenkampfes begründen; kühn sein, wenn die Stunde zum Handeln gekommen ist – das sind die Regeln der Vierten Internationale.“

Schließt euch der Internationalen Kommunistischen Liga an! ■

Imperialismus, die „globale Wirtschaft“ und der Gewerkschafts- reformismus

Broschüre der
Spartacist League/U.S.
(in englischer Sprache)

DM 3,- (32 Seiten)

Zu beziehen über:

Verlag Avantgarde
Postfach 5 55
10127 Berlin

Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



SPARTAKIST

IKL-Erklärung zum Prager Protest gegen IWF und Weltbank

Zerschlagt imperialistische Ausbeutung durch internationale Arbeiterrevolution!

Die folgende Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga wurde in Deutsch am 20. September als Spartakist-Extrablatt veröffentlicht.

„Turn Prague into Seattle“? Hätte es die kapitalistische Konterrevolution nicht gegeben, durch die Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion vor einem Jahrzehnt zerstört wurden, könnten Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) sich nicht in Prag treffen! Die „samtene Revolution“ zerriss die Tschechoslowakei, und jetzt leiden arbeitende Menschen, Frauen sowie nationale und ethnische Minderheiten unter der brutalen Ausbeutung, der Verarmung und den Verwüstungen durch den kapitalistischen Markt. Was die Illusionen über „Freiheit“ angeht, so drohen heute speziell vom amerikanischen FBI ausgebildete und von der NATO unterstützte Polizeikräfte den Demonstrationen von Arbeitern und Linken damit, brutal „Gesetz und Ordnung“ für die imperialistischen Bankiers durchzusetzen.

Bei all dem Gerede über die Sorge um die arbeitenden Massen sagt der offizielle Aufruf für einen „globalen Aktionstag“ in Prag nichts über die kapitalistische Schockbehandlung, die zu einem drastischen Sinken der Lebenserwartung geführt und den Hunger nach Russland zurück gebracht hat, die Rechte der Frauen auf Abtreibung in ganz Osteuropa zurückgewälzt und der mörderischen braunen Pest des faschistischen Terrors zum Aufstieg verholfen hat, der sich besonders gegen Immigranten und Roma richtet. Der Balkankrieg im letzten Jahr verwüstete Serbien schlimmer als Hitlers Nazis. Genauso findet die daher rührende ökonomische, soziale und ökologische Katastrophe auf dem Balkan in dem offiziellen Manifest für Prag keine Erwähnung. Warum? Weil die vorgeblichen Linken, die dieses Jahr den „Anti-Globalisierungs“-Protest organisieren, im Wesentlichen genau dieselben Leute sind, die im Namen von „humanitärer“ Sorge um die Kosovo-Albaner den imperialistischen Krieg gegen Serbien unterstützt haben. Es sind auch dieselben „Linken“, die sich ihren eigenen kapitalistischen Herrschern anschlossen im Kampf für die Zerstörung der Sowjetunion und der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten und die alle die Wahl der blutigen Clique von Pseudo-„Sozialisten“, Ex-„Kommunisten“ und „Arbeiter“-Führern unterstützten, die gegenwärtig das



AP/Jerome Delay

Prag, 26. September: Eine Armee von 12800 Bullen prügelte auf Anti-IWF-Demonstranten ein, verhaftete 900, von denen viele im Knast gefoltert wurden. Die IKL fordert in ihrer Protesterklärung vom 30. September die sofortige Freilassung aller Anti-IWF-Demonstranten und die Einstellung aller Anklagen

kapitalistische Europa regieren.

Wir, die Genossen von der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL), sind stolz, dass wir für den authentischen Kommunismus von Lenins und Trotzki's Bolschewiki kämpfen. Unsere Perspektive ist proletarisch, revolutionär und internationalistisch. Wir erkennen, dass der grundlegende Konflikt in der Gesellschaft der Kampf der Arbeiter gegen das Kapital ist. Aufgrund seiner zentralen Rolle in der Produktion hat das Proletariat die soziale Macht, die kapitalistischen Ausbeuter und ihr ganzes System von Klassenausbeutung, rassistischer, sexueller und nationaler Unterdrückung und imperialistischem Krieg zu Fall zu bringen. Das Proletariat hat die Macht und das Klasseninteresse, eine Gesellschaft – anfangs einen Arbeiterstaat – zu schaffen, die auf kollektiviertem Eigentum und einer rational geplanten internationalen Wirtschaft basiert und zu einer klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft und damit zum Absterben des Staates führt. Um dieses Ziel zu erreichen, ist der Aufbau einer internationalen leninistisch-trozkistischen egalitären Partei notwendig. Wir kämpfen darum, zu der Partei zu werden, die imstande ist, internationale sozialistische Revolutionen zu führen.

Fortgesetzt auf Seite 25